

# Der Maler

Organ des Verbandes der

## Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M. pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Neue Aufgaben für unsere Verbandstätigkeit.

Das Malergewerbe wird seit der Mitte des vorigen Jahres endlich von einer recht guten Geschäftslage befreit, die ihm während des Krieges und in der anschließenden Zeit so überreichen Nachfragemengen und Enttäuschungen so überreichen Nachfragemengen nicht vergönnt gewesen ist. Allerdings ist diese Konjunktur nicht der Ausfluß normaler Wirtschaftsverhältnisse und einer erhöhten Bautätigkeit, an der unser Gewerbe begründeten Anteil hätte. Die vermehrten Aufträge entstehen zum größten Teil gerade durch die Notwendigkeit der Wirtschaftszustände, die ein gesteigertes Neulandbedürfnis bedingt und Umgestaltungen Produktions-, Verkaufs-, Vergnügungstätten usw. Folge hat, an deren Herrichtung das Malergewerbe einen Anteil nimmt. Dazu kommt, daß auch der allgemeine Verfall der seit mehr als 10, ja 20 Jahren nicht mehr durch schützende Neuanstriche gepflegten Gebäude und der unhaltbare Zustand von Millionen öffentlicher Wohnstätten, Verkehrsanlagen und öffentlichen Gebäuden unserm Gewerbe nach jahrelangem Aufschwung nicht mehr zurückstellende Arbeiten einträgt. Aber die Bautätigkeit setzt allmählich wieder ein. Neben den neuesten Siedlungshäusern werden auch wieder reichere, gestattete Stagenhäuser erstellt und der Wandel der Baumaterialien, der sich unter anderem in einem gesteigerten Bedürfnis nach Anwendung der Farbe äußert, ist neue Arbeitsgelegenheiten.

All diese Erscheinungen und ihre vielseitigen Auswirkungen haben eine so große Nachfrage an Gehilfen hervorgerufen, daß deren Angebot den Bedarf auch nicht annähernd decken kann. Deshalb wandern unsern Gewerbe jetzt Tausende ungelernter Arbeiter aus den aller verschiedensten Gewerben und Industrien zu. Die Arbeitgeber können unter dem Zwange der Verhältnisse im allgemeinen sehr wenig nach der persönlichen Eignung dieser Arbeiter fragen und finden sich mit den daraus hervorgehenden Missetzungen und Schäden ab. Nun rächt sich an den die geringe Lehrlingshaltung in den letzten Jahren, die auch jetzt zu beheben noch nicht ernsthaft gewillt sind; erhöhen sie doch in zünftigeren Anwendungen in diesen Orten die bisher bestandene Lehrzeit und zahlen doch für die sich sehr gut rentierenden Lehrlinge fast allgemein ganz unzureichende Vergütungen. Gar nicht zu reden von verschiedenen andern durch die Zeitverhältnisse ebenfalls notwendigen, gemeinsam mit den Gehilfenorganisationen durchzuführenden Reformen.

Der Zustrom berufsfremder Arbeiter zum unserm Gewerbe ist natürlich keine zufällige Tatsache; nur wenig andere Gewerbe können auch bei dem allergrößten Mangel an Facharbeitern damit zu rechnen. Man stelle sich zum Beispiel einen ungelerten Maurer, Zimmerer, Tischler, Schreiner, Schlosser usw. vor, der plötzlich ohne die geringste Ausbildung einen gelernten Maurer, Zimmerer usw. ersetzen sollte. Und dabei müssen unsere Berufskollegen nach 4 Jahre lernen, Fachschulen besuchen und wirklich nicht wenig körperliche Beschäftigung und Intelligenz bringen. Ganz naturgemäß ist das Heranziehen ununter Arbeitkräfte geeignet, die Lage unserer gewerblichen Kollegen zu bedrohen. Es wirkt nicht nur lohnraubend, sondern hat noch viele andere soziale Nachteile; drückt das Malergewerbe auch technisch und geistig ab, verunwertet die Produktion, erhöht die Unfallgefahr und anderes mehr.

So hat denn die an sich sehr erfreuliche Konjunktur recht nachteilige Nebenwirkungen. Diesen zu begegnen, ist die Pflicht jedes Verbandes.

Oberflächliche Betrachtung könnte dazu verführen, die Heranziehung berufsfremder Arbeiter verhindern und die schon Eingestellten gewaltsam verdrängen oder befehlen zu wollen. Und in der Tat werden solche

Meinungen hier und da auch laut. Nichts aber wäre verkehrter und schädlicher, gerade für die Berufskollegen, als dies.

Der Grund der Heranziehung berufsfremder Arbeiter im Malergewerbe hat ganz bestimmte wirtschaftliche Ursachen. Der Arbeitgeber kommt mit dem gelernten Kollegen selbst bei dessen bedeutend höherer Bezahlung immer noch besser weg als mit dem Ungelernten. Er wird diesen also nur in der Zeit des höchsten Dranges

### Es nützt ja doch nichts . . .

*„Es nützt ja doch nichts . . . mir hilft kein Verband!“  
So spricht der Mann, der den Verband noch meidet.  
Er ist noch stolz auf seinen Unverstand,  
Der ihm die Rute der Entrechnung schneidet.  
Er lamentiert, wenn er ins Elend sinkt,  
Er schimpft empört, will ihm sein Lohn nicht langem,  
Doch will er immer seinen Teil empfangen,  
Wenn etwas der Verband erringt.*

*Es nützt ja doch nichts . . . Dies stupide Wort  
Ist die Devise eines geistig Blinden.  
Er hofft nicht mehr, sein Kampfsgeißt ist verdorrt,  
Er ist nicht fähig, Unrecht zu empfinden.  
Er wehrt sich nicht, wenn ihn Gewalt bedrückt,  
Ballt nicht die Faust, wenn ihn die Willkür schindet,  
Wenn ihm sein Herr das letzte Recht entwindet,  
Hält er den Rücken steif gebückt.*

*Es nützt ja doch nichts . . . Freund, sei lieber still!  
Aus kleinem Keim entsteht die starke Eiche.  
Sie trotzt dem Sturm, der sie enturzeln will,  
Und bengt sich nicht dem Wüten seiner Streiche!  
Aus diesem Beispiel folgt der schlechte Schluß:  
Der Schwache wird geknechtet und gebüßelt,  
Doch vor dem Starken, der am Alten rüttelt,  
Bengt sich der Gegner, weil er muß. Victor Kallnowski.*

beschäftigen. Und wenn trotzdem ein geringer Teil dieser Leute nach einiger Zeit gewisse Arbeiten erlernt hat und vielleicht als Anstreicher oder Hilfsarbeiter im Gewerbe bleibt, so wäre es ein Ausfluß zünftiger Anwendung, dagegen mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. So unangenehm die Möglichkeiten der verhältnismäßig leichten Heranbildung angelegener Arbeitskräfte in unserm Gewerbe sind, wir müssen uns damit abfinden, wie es sich andere Arbeitergruppen auch gefallen lassen müssen, daß durch den Gebrauch von Maschinen ihre Berufsarbeit zum Teil überflüssig wird oder daß sie durch ungelernete Arbeiter verdrängt werden.

Unsere Aufgabe muß es sein, alle nun einmal in unserm Gewerbe beschäftigten Arbeiter, vom Kunstmalers bis hinab zum einfachsten Hilfsarbeiter, zu organisieren und allen den Schutz zu gewähren, auf den sie je nach ihrer Stellung und Leistung Anspruch erheben können. In andern Verbänden bisher organisiert Gewesene aber sind zu veranlassen, ihren Uebertritt zu vollziehen. Alle im Gewerbe — ganz gleich aus welchem Grunde — beschäftigten Kollegen sollen auch alle durch ihre Beiträge dazu beitragen, daß wir ihre Interessen vertreten können. Und einmal aufgenommen, sind die berufsfremden Leute über ihre Pflichten und Rechte aufzuklären. Nur so wird es gelingen, die sonst auftretenden Schäden zu verhindern, auch die von den Arbeitgebern neu angeworbenen Arbeiter zu solidarischem Handeln zu erziehen und, soweit sie länger oder dauernd im Gewerbe bleiben — wie auch früher schon nicht wenige unserer heutigen Berufsgenossen — zu nützlichen Gliedern unseres Gewerbes und

unseres Verbandes zu machen. Was hätten übrigens unsere Kollegen gesagt, die während und nach dem Kriege zu andern Berufen übergehen mußten, wenn sie dort geachtet und von den Organisationen ferngehalten worden wären?

Den Künstlerstolz, der unsern Kollegen früher so schwer geschadet hat, haben wir von Anfang unserer Verbandstätigkeit an bekämpft und haben unsere Pforten im Gegenzug zu andern Gewerkschaften allen Berufsangehörigen bis zu dem letzten Hilfsarbeiter geöffnet. Und so muß es bleiben. Deshalb wird nicht ein ungelerner Arbeiter mehr oder weniger im Malergewerbe beschäftigt werden.

Eine ganz andere Frage ist es, wie unserm Gewerbe an sich die Geltung zu verschaffen ist, die ihm als Faktor unseres wirtschaftlichen und geistigen Lebens zukommt und wie dem Gewerbe in Zukunft die erforderlichen qualifizierten Kräfte zuzuführen und diesen das ganze Jahr hindurch Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen sind, so daß die Zuziehung berufsfremder Arbeiter mehr noch als bisher nur unter ganz besonderen Verhältnissen zu erfolgen braucht.

Hier steht unserm Gewerbe eine große Aufgabe bevor, um deren Lösung wir in Zukunft ganz besonders uns bemühen werden.

Die Schaffung unseres von Tausenden unserer Mitglieder begrüßten und auch in weiteren Kreisen unseres Gewerbes, selbst des Auslandes, schon jetzt sehr geachteten „Fachblatt der Maler“ wird hierbei mit von größerer Bedeutung werden. Und in gleicher Weise werden unser „Malerlehrling“ und unsere Lackiererzeitschrift — in Kürze weiter ausgebaut — wirken müssen. Unser „Maler“ aber wird die Wirtschaftspragen unseres Gewerbes mehr noch als bisher zu pflegen haben.

Am 20. Juni tritt der Leiter der von der letzten Lackiererkonferenz beschlossenen Zentralstelle für Lackierer seinen Posten an, um die gleichen Bestrebungen auch für die Lackierer und Industriekollegen zu studieren und zu fördern.

Unsere Generalversammlung in Dresden wird die Unterstützungsleistungen des Verbandes bei Streiks, Arbeitslosigkeit und in Sterbefällen nicht nur der Mitglieder, sondern auch deren Familienmitglieder, reformieren und die Krankenunterstützung neu einführen.

Aber auch sonst wird sie dem Vorstand und nächsten Beirat klare Richtlinien für unsere fernere Tätigkeit geben. Nachdem wir in der nächsten Zeit, nach der fast einmütigen Ablehnung von Verschmelzungsmaßnahmen durch unsere Mitglieder, frei und unabhängig arbeiten können, sind die in der Organisation selbst liegenden Hemmnisse beseitigt, so daß den Beschlüssen der Generalversammlung auch leichter als sonst Geltung verschafft werden kann.

Natürlich wird auch die Lohnfrage ständig weiter bearbeitet. So finden nach einer Vereinbarung der beiderseitigen Verbandsvorsitzenden am 23. Juli weitere zentrale Lohnverhandlungen statt.

Kollegen! Die günstige Konjunktur unseres Gewerbes muß trotz den gegebenen anormalen Wirtschaftsverhältnissen auch unserm Gewerbe eine ganz erhebliche Mitgliederzunahme bringen. Schon sind nicht wenige Filialen wieder nahe an dem je erreichten höchsten Mitgliederstand heran; einige haben ihn schon überschritten. Holt auch den letzten Mann heran, der in unserm Gewerbe jeweils beschäftigt wird. Sie alle müssen unsere Reihen verstärken und unsere Aktionsfähigkeit erhöhen.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und muß darum auch wie ein Feind behandelt werden.

Anträge

19. ordentliche Generalversammlung.

Den Antragstellern zur Information, daß Anträge, die in verschiedenen Worten dasselbe fordern, zusammengezogen worden sind.

Zur Tagesordnung.

Erfurt. Auf die Tagesordnung ist zu setzen: „Die wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage der deutschen Arbeiterchaft und der Kampf gegen die Reaktion“.

Zum Statut.

§ 1. Umfang und Zweck des Verbandes.

Vorstand. In Ziffer 2, Absatz c, das Wort „gewerkschaften“ streichen.

Neuer Absatz hinter Ziffer 2, Absatz e. Pflege des beruflichen Bildungswesens, Herausgabe von Fachliteratur und Förderung sachgewerblicher Unterrichtskurse.

Mannheim. Einführung der Krankenunterstützung auf raschestem Wege.

Leipzig. Sämtliche Versicherungseinrichtungen sind aufzuheben. Die Streit- und Maßregelungsunterstützung ist dagegen zu verdoppeln.

Bei Ablehnung dieses Antrages: Die Versicherungseinrichtungen sind freiwillig und müssen durch Extrabeiträge der betreffenden Mitglieder aufgebracht werden.

Stettin. Die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung ist aufzuheben.

Hannover. Die Erwerbslosenunterstützung soll auch auf Krankheitsfälle ausgedehnt werden.

§ 2. Eintritt und Uebertritt.

Bremen. Ziffer 2: Berufskollegen, die zweimal aus der Organisation ausgetreten oder wegen rückständiger Beiträge gestrichen sind, haben bei ihrem dritten Eintritt ein Eintrittsgeld in Höhe von 5 Stundenlöhnen zu entrichten.

München. Ziffer 2: Das Eintrittsgeld beträgt 1,50 M.

München. Ziffer 8. Zusatz: Die Ausstellungskosten betragen 1 M.

München. Ziffer 9. Zusatz: und sind bei Ausscheiden aus der Organisation abzuliefern.

§ 4. Filialverwaltung.

Vorstand. Ziffer 5. Hinter dem 1. Satz einfügen: „Vorübergehende Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Verbandsvorstandes zulässig.“

Stettin. Ziffer 1. Zusatz: Ferner aus dem Vertreter der Betriebsräte, der einzelnen Berufs- wie der Lehrlingsabteilung. Alle diese haben an den Vorstandssitzungen volles Stimmrecht und müssen zu jeder Sitzung hinzugezogen werden.

Stettin. Ziffer 2. Schlusssatz: Außerdem kann zu den Vorstandssitzungen usw. wird gestrichen.

Leipzig. Ziffer 5 und 6 sind aufzuheben.

Stettin. Ziffer 8. Neuer Schlusssatz: Die Mitglieder dieser Jugendabteilung haben in allen Versammlungen, bei allen Abstimmungen, außer bei Streiks, volles Stimmrecht.

Stettin. Ziffer 11: Im ersten Satz Ersetzung des Wortes „Generalversammlung“ durch „Abstimmung“.

Ferner Ersetzung des Satzes: „Diesem steht das Einspruchsrecht zu“ durch: „Für die Wahl der Gewählten steht das Einspruchsrecht nur dann zu, wenn sich unter den Gewählten solche befinden, die sich ehrenrühriger Handlungen gegen den Verband haben zuschulden kommen lassen.“

Leipzig. Absatz 11 erhält folgende Fassung: Die Verwaltungsmitglieder, einschließlich der Filialangestellten, sind jedes Jahr in einer Generalversammlung, die nicht nach dem 1. März stattfinden soll, neu zu wählen.

§ 5. Geschäftsführung in den Filialen.

Vorstand. Ziffer 7. Hinter dem 5. Satz und dem Worte „jährwöchige“ einfügen: „und erfolgt immer für den Quartalschluß.“

Hinter dem 7. Satz zu geben ist: „Bei einer Nichtwiederwahl sind die Gründe dem Verbandsvorstand zur Prüfung mitzuteilen. Diese erfolgt unter Einwirkung der Filialverwaltung. Je nach deren Ergebnis kann der Verbandsvorstand eine weitere Abstimmung anordnen.“

Am Schlusse anzufügen: „Von den Bewerbungen ist dem Verbandsvorstand vor der Prüfung Kenntnis zu geben.“

Stettin. Ziffer 7: Die Wahl der Filialangestellten findet alljährlich durch Wahl statt. Die Wahl erfolgt mit einfacher Mehrheit. Die Gewählten sind dem Verbandsvorstand zu melden. Dem Verbandsvorstand steht das Einspruchsrecht nur dann zu, wenn sich unter den Gewählten Kollegen befinden, die sich ehrenrühriger Verfehlungen gegen den Verband haben zuschulden kommen lassen. Der Satz: „Alle zwei Jahre“ usw. ist demgemäß zu streichen.

§ 6. Bezirkserteilung und Bezirksleitung.

Leipzig. Ziffer 3 erhält folgende Fassung: Die Bezirksleiter sind in ihrem Bezirk auf einer alljährlich einberufenen Bezirkskonferenz zu wählen.

In Ziffer 4 sind die Worte: „unter Zustimmung des Verbandsvorstandes“ zu streichen.

§ 8. Verbandsbeiträge.

Leipzig. Der Verbandsbeitrag ist aufzulösen. Neber alle anderen Entscheidungen ist eine Abstimmung durch die Mitglieder vorzunehmen.

§ 10. Generalversammlung.

München. Ziffer 3. Auf 200 Mitglieder kommt ein Delegierter, auf 50 Mitglieder kommen 2 Delegierte.

§ 12. Vereinstergan.

Vorstand. Als Ziffer 2 einzufügen: „Neben dem Verbandsorgan „Der Maler“ werden vom Vorstand noch herausgegeben eine Lehrlingszeitung „Malerlehrling“, eine Zeitschrift für die Lachierer „Der Lachierer“ und eine allgemeine Fachzeitschrift das „Fachblatt der Maler“.

§ 15. Beitrag.

Vorstand. Ziffer 1 Absatz 2. Es bestehen 12 Beitragsklassen, die die Hauptklassenbeiträge für Löhne von 40 3 bis 1,50 M. regeln.

Table with columns: Beitragsklasse, Lohn, Hauptklasse. Rows 1-12 showing contribution levels for different wage brackets.

Die erste Beitragsklasse gilt nur für weibliche Mitglieder. Diese zahlen zu den 40 3 Hauptklassenbeitrag 10 3 für die Filialkasse.

Die jetzige Ziffer 5 in § 15 soll der Ziffer 2 eingefügt werden. Im ersten Satz dieser Ziffer soll hinter dem Worte „beträgt“ eingeschaltet werden: „für alle andern Beitragsklassen“.

Stettin. Ziffer 1. Zusatz: Der Beitrag ist auf volle 10 3 nach oben aufzurunden. Von dem Beitrag erhält die Zentralkasse 75 %, die Filialkasse 25 %.

Leipzig. Ziffer 1 Absatz 2: Der Beitrag beträgt wöchentlich einen Stundenlohn, wovon 75 % der Hauptkasse zufallen.

Mannheim. Ziffer 1. Es ist ein bessere Staffelung der Beiträge vorzunehmen, damit den verschiedenen Lohnunterchieden mehr Rechnung getragen werden kann und die Mitglieder dem Verbands besser erhalten werden können.

Chemnitz. Stettin. Ziffer 3: Der Anspruch auf die Unterstützungsstufe der höheren Klasse beginnt nach Zahlung von 6 Wochenbeiträgen.

Stettin. Ziffer 5 ist zu streichen.

§ 16. Beitragsbefreiung.

Vorstand. Ziffer 1 soll lauten: Als beitragsfrei gelten die Marken zu 10 3 (Erwerbslosenmarken). Diese erhalten auf Antrag.

Leipzig. Erwerbslose sind vom Beitrag befreit.

Frankfurt a. M. Mitglieder, die Unterstützung beziehen, haben volle Beiträge zu entrichten. Die Unterstützungsstufe sind entsprechend zu erhöhen.

Bremen. Absatz 1a und b: Mitglieder, die arbeitslos oder krank sind, sind auf Antrag auch für die Beitragswoche vom Beitrag befreit, in der sie nicht mehr als 2 Tage gearbeitet haben.

Walle. Bei Streiks sind beitragsfreie Marken, zum Beispiel Streikmarken, zu geben.

Leipzig. Während der Zahlung von Streit- und Maßregelungsunterstützung ruht die Beitragszahlung.

Kassel. Absatz b soll folgenden Zusatz erhalten: soweit die Beibehaltung desselben dem Mitglied keine besonderen Kosten verursacht.

§ 18. Streifunterstützung.

Kassel. Ziffer 1: Das Wort „in Mitleidenschaft gezogen“ zu ersetzen durch das Wort „beteiligt“. Das Wort „gezwungenerweise“ durch die Worte zu ersetzen „aus Gründen der Solidarität“.

München. Ziffer 1: Gewährt die hauptbeteiligte Organisation eine erheblich höhere statistarische Unterstützung, so kann dieser Mehrbetrag nach Antrag bei der Hauptkasse auch an unsere Kollegen als statistarische Unterstützung zur Auszahlung gebracht werden.

Vorstand. Ziffer 5 (Tabelle.)

Table with columns: Beitragsklasse, 1. Stufe, 2. Stufe, 3. Stufe, 4. Stufe. Rows 40-150 showing contribution amounts for different wage brackets.

§ 23. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit am Orte.

Vorstand. Die Ueberschrift zu § 23 soll lauten: Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit am Orte.

In Ziffer 2 hinter das Wort „Arbeitslosigkeit“ und „Krankheit“ einfügen.

Ziffer 2 (Tabelle.)

Table with columns: Beitragsklasse, 1. Stufe, 2. Stufe, 3. Stufe, 4. Stufe. Rows 40-150 showing contribution amounts for different wage brackets.

In Ziffer 3 hinter das Wort „Arbeitslosen“ zu setzen.

Frankfurt a. M. Vom 1. August 1925 an ist Krankenunterstützung wieder einzuführen. Die Unterstützungsstufe sind so zu staffeln, daß den Kollegen die Möglichkeit gegeben wird, bei Zahlung eines höheren Krankengeld zu sichern. Die Unterstützungsstufe betragen in der 1. Stufe 18 Tage, in der 2. Stufe 30 Tage, in der 3. Stufe 42 Tage und in der 4. Stufe 56 Tage.

München. Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Die Stufen werden wie folgt geteilt:

Table with columns: Stufe, Anzahl Jahre, Beitrag. Rows 1-6 showing contribution levels for different stages of unemployment and illness.

Nachen. Die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit beträgt in einer Unterstützungsperiode in jeder Klasse einen Wochenbeitrag für die Klasse pro Tag: Die Unterstützungsdauer beträgt in der 1. Stufe 30, in der 2. Stufe 60, in der 3. Stufe 90, in der 4. Stufe 120 Tage.

Abt. 4: Statt 52 Wochen 40 Wochen.

Augsburg. Den Beschluß des Vorstandes und Rates vom 20. und 21. Oktober 1924, den Absatz 1 § 23 betreffend, streichen.

§ 24. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit. Reglement.

Vorstand. Die Krankenunterstützung tritt am 1. August 1925 wieder in Kraft.

Nachen. Die Krankenunterstützung tritt am 1. September 1925 wieder in Kraft.

§ 25. Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit am Orte. Reglement.

Kassel. Ziffer 8: Statt der Hälfte 90 % zu setzen.

§ 28. Unterstützung in Sterbefällen.

Vorstand. Ziffer 3 (Tabelle):

Table with columns: Beitragsklasse, 1. Stufe, 2. Stufe, 3. Stufe, 4. Stufe. Rows 40-150 showing contribution amounts for different wage brackets.

München. Die Sterbeunterstützung erhält die in vorgechlagene Stufung, und die bestehenden Sätze Sterbegeldes werden pro Stufe um 10 M erhöht.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung.

Leipzig. Die Beschlüsse der Reklamkommission sind der Redaktion zur Durchführung zu bringen.

In Versammlungsberichten befindliche Anträge, Resolutionen sind ungekürzt zum Abdruck zu bringen.

Zu den Verbandstagen sind nur in Arbeit stehende Kollegen wählbar.

Bei politischen Wahlen darf keine der politischen Parteien bevorzugt werden.

Der Vorstand hat bei einem Neuaufschluß des Manteltarifes alle Mittel anzuwenden, um die Lehrlingsunterstützung zu regeln.

Der Vorstand wird beauftragt, bei dem ADGW, den politischen Arbeiterparteien dahin zu wirken, daß die Arbeitsnachweiszwang im Arbeitsnachweisgesetz aufgehoben wird.

Erfurt. Die Filiale Erfurt wendet sich entschieden gegen die einseitige politische Schreibweise des „Maler“. Sie verlangt auch klare, wirtschaftliche Analysen der Gegenwart und vor allen Dingen die notwendigen Schlussfolgerungen für den dringender werdenden wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterchaft. Sie protestiert besonders gegen die arbeitgemeinschaftliche Einstellung, wie sie in letzten Zeit besonders scharf in dem Aufruf zum 1. und in der Propagierung des Reichspräsidentenwahlkampfes Daten März zum Ausdruck gekommen sind.

Kiel. Die 19. Generalversammlung erwartet von der Reichsregierung die sofortige Vorlegung eines Arbeitsgesetzes, das den achtstündigen Maximalarbeitstag vorsieht. Sollte diesem Verlangen nicht entsprochen werden, dann der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund plante Volkstagsentscheid über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unverzüglich herbeizuführen.

Leipzig. Bei Neuaufschluß des Manteltarifes müssen als örtliche Bestimmungen vorbehalten bleiben: Die des Stundenlohnes, Vergütung für Landarbeit und d. d. Festsetzung der Arbeitszeit nebst Pausen, des Sonntages und des Sonnabendzuschusses.

Langfristige Lohnabkommen sind entsprechend der wirtschaftlichen Situation abzulehnen.

Leipzig. Der Verbandstag mißbilligt, daß der Beschluß des Rates (Sechskörnung der Angestellten, Beiratsbericht: im Maler nicht veröffentlicht worden ist).

Der Beirat der Beirats in bezug auf die Gehaltserhöhung der Angestellten ist aufzuheben. Die Gehälter betragen in Zukunft monatlich 208 Stunden mal Lohn plus 10 %.

Die Angestellten des Verbandes haben wie andere Mitglieder einen Stundenlohn als Beitrag zu richten.

Hamburg. In dem Bericht des Kollegen Streine, als internationalen Sekretär, sind die gegenwärtigen Einigungsverhandlungen zwischen Amsterdam und Moskau beider zu behandeln.

Leipzig. Resolution. Hat schon die Politik des ADGB. während des Krieges unsern Protest hervorgerufen, so ist Politik nach demselben durch das Aufgehen von durch Revolution errungenen Positionen keine bessere geworden und fordert unsern Widerspruch heraus. Die Einstellung des ADGB. zur Ruhrfrage zeigt am treffendsten, die von uns bekämpfte Durgfriedenspolitik uns als schädlich nur Schaden gebracht hat. Die Generalversammlung erwartet von den Spitzenorganisationen (ADGB. und I.G.):

- 1. den Bestrebungen der IG. und I.G. zwecks Schaffung einer großen Internationale ihre Förderung angehen zu lassen;
2. die Gewerkschaften zu wirksamen Machtinstrumenten auszubauen und auf den Machtkampf wider das Kapital einzustellen. Vom ADGB. insbesondere erwartet die Generalversammlung Richtlinien über:
1. Aufbau des Lohnes auf einen zu errechnenden Lebensstandard, der ein Auskommen gewährleistet und als Minimum zu gelten hat;
2. schärfsten Kampf gegen die ungerechte Verteilung der Steuerlasten;
3. Schaffung eines Arbeitsnachweisgesetzes, das nicht die entwürdigende Pflichtarbeit vorsieht, sondern eine ausreichende Erwerbslosenunterstützung vorsieht durch Schaffung von Arbeit zu tariflichen Löhnen;
4. Schaffung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Gewerkschaften für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge durch Verträge;
5. bessere Ausgestaltung der Bestimmungen über Ferien, des Gesundheits- und Unfallschutzes, sowie aller andern sozialpolitischen Gesetze und des Arbeitsrechtes, insbesondere des Betriebsratsgesetzes, das diese sich nicht gegen, sondern für die Arbeiter auswirken;
6. Umgestaltung der Nachsorge überhaupt in proletarischem Sinne. Dazu fordern wir:
a) Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik;
b) dessen Organ, des Staatsgerichtshofes;
c) der durch denselben gefällten Urteile;
d) Amnestie aller politischen Gefangenen.

Die Generalversammlung und die hinter derselben stehende Mitgliedschaft sind gewillt, diesen Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu verhelfen.

Kassel. Die in den Filialen nicht vertauften 8-Stunden-Marken sind vom Vorstand zurückzunehmen und der Trag den Filialen gutzuschreiben.

Mannheim, Kassel, Stettin. Das Verbandsorgan der Maler soll sich einer größeren politischen Neutralität befleißigen.

Böckum. Der Verbandstag ersucht den Vorstand, mit allen Mitteln beim ADGB. darauf hinzuwirken, daß dieser unverzüglich bei Regierung und Reichstag dafür eintritt, daß das Jugendschutzgesetz zur baldigen Verabschiedung kommt.

Stettin. Die Filiale ersucht den Verbandstag, dafür einzutreten, daß die Beschlüsse der letzten Ladiertagungsversammlung durchgeführt werden, insbesondere der Ausbau der Zeitschrift „Der Ladiere“.

München. Zur Bekämpfung der Gesundheitsgefahren durch Verwendung gelangenden Materialien und schädliche Stoffe reicht die Weisheitsverordnung vom Juni 1905 nicht aus. Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei der Reichsregierung das Verbot dieser Leben und Gesundheit schädlichen Materialien zu beantragen und für einen schädlichen Stoffe und die neuen Arbeitsmethoden schützenden Gesundheitschutz nachdrücklich einzutreten.

Kassel. Dem Gesundheitschutz unserer Kollegen, insbesondere den neueren Krankheitserscheinungen unter den Ladiern ist größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Mannheim. Der Vorstand beziehungsweise die Zentralstelle der Ladiere möge der neueren technischen Entwicklung in der Autoindustrie ihre besondere Aufmerksamkeit widmen, da Gefahr besteht, die bisherige Ladiere der Ladiere durch Verziehung mit Leder zu ersetzen. Aufstrebende Artikel im Fachblatt beziehungsweise im „Ladiere“ seien deshalb angebracht.

Mannheim. Das Fachblatt ist besser auszubauen, auch darauf, daß den ladiertechnischen Fragen Rechnung gegeben wird.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung.

Kassel. Nach dem Ergebnis der Abstimmung zur Verschmelzungsfrage ist die Bahn zum vollständigen Wiederaufbau unserer Organisation frei geworden. Der Vorstand wolle daher erwägen: Sofort eine umfangreiche Diskussion in Wort und Schrift einzuleiten, da die gegenwärtigen beruflichen Verhältnisse die denkbar günstigsten sind.

Dresden. Das Abstimmungsergebnis zur Verschmelzung unserer Organisation zeigt, daß der übergroße Teil der Verbandsmitglieder dieser Frage überhaupt keine Bedeutung beimisst, von den Abstimmenden sich aber auch 78,6 % gegen die Verschmelzung ausgesprochen haben. Deshalb beschließt die 19. ordentliche Generalversammlung, daß nunmehr mit den zur Verfügung stehenden Kräften für den Ausbau der Berufsorganisation gewirkt und der innere Ausbau fortgesetzt wird. Besonders wird von den Vertretern des Verbandes auf dem Dresdener Gewerkschaftstongreß verlangt, daß sie sich für die Aufhebung des Leipziger Kongreßschlusses in dieser Frage einsetzen und die Anhänger der Berufsorganisationen verpflichten werden, die Satzungen und Richtlinien des ADGB. einzuhalten.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Bremen. Zum Wahltaglement zur Generalversammlung: Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Zukunft zu vereinfachen.

Frankfurt a. M. Der Vorstand wird ersucht, beim ADGB. dahin zu wirken, daß für reisende Gewerkschaftsmitglieder wieder ausreichende Aufenthalts- und Unterlunftsräume in den einzelnen Städten geschaffen werden und daß überhaupt dem Herbergwesen wieder größere Beachtung von Seiten der Gewerkschaften geschenkt wird.

Kassel. Die Unterstützungsrichtungen sind, unter Berücksichtigung der Finanzlage des Verbandes, besser auszubauen.

München. In besonderen Fällen, wenn nachweisbar keine Boswilligkeit vorliegt, kann ausgeschiedenen Kollegen gestattet werden, die alte Mitgliedschaft oder Teile derselben wieder zu erwerben und fortzusetzen. Die Anerkennung kann in Filialen mit Angestellten durch die Filiale, bei kleinen Filialen durch die Bezirksleiter nach Richtlinien des Hauptvorstandes erfolgen.

Leipzig. Zum Gewerkschaftstongreß sind außer einem Mitglied des Hauptvorstandes nur in Arbeit stehende Kollegen zu delegieren, die durch Urwahl zu wählen sind.

Böckum. Die Delegierten zum Gewerkschaftstongreß dürfen nur aus dem Arbeitsverhältnis stammen.

Düsseldorf. Die Wahl der Delegierten unseres Verbandes zum Gewerkschaftstongreß ist nur durch Urwahl vorzunehmen.

Kiel. Die Generalversammlung möge beschließen, daß allerorten sämtliche Mitglieder ersucht werden, mit daran zu arbeiten, daß das Vorurteil der Arbeitgeber gegen die schwerbeschädigten Kollegen aufhört zu existieren.

Hamburg. Die Generalversammlung spricht sich gegen den Lohnsteuerabzug aus.

Kassel. Die Generalversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die rückwärtslosen Zoll- und Steuermaßnahmen der Regierung, die unzweifelhaft eine weitere Auslagerung und Verelendung der arbeitenden Massen zur Folge haben muß. Die Generalversammlung erwartet vom ADGB., daß es nicht bei Protesten, Einschickungen, Versammlungen verbleibt, sobald die Gefahr der Annahme besteht, sondern daß alle gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Mittel ergriffen werden, die diese beiden schamlosen Gesekentwürfe zu Fall bringen.

Böckum. Die Gehälter der Angestellten sind nur von der Generalversammlung festzusetzen.

Stettin. Der Verbandstag fordert für die in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden Opfer des proletarischen Klassenkampfes eine weitgehende Amnestie und verpflichtet den Zentralvorstand, mit allen Mitteln bei den maßgebenden Instanzen für die Amnestie einzutreten.

Mannheim. Der Verbandstag möge Mittel und Wege schaffen, um die Reiseleust der Kollegen anzuregen, sei es durch Wort und Schrift, besseren Ausbau der Reiseunterstützung und anderes mehr.

Leipzig. Der Verbandstag beschließt den korporativen Beitritt zur Internationalen Arbeiterhilfe (I.A.H.).

Der Verbandstag entsendet eine Kommission nach Rußland, um die dortigen Verhältnisse augenscheinlich zu studieren.

Ergebnis der Delegiertenwahl zur 19. Generalversammlung 1925.

Table with 2 columns: Wahlkreis and Gewählt sind die Kollegen. Lists names of delegates from various regions like Berlin, Hamburg, Dresden, etc.

Stichwahlen

haben in nachstehenden Wahlkreisen stattzufinden:

Table with 4 columns: Wahlkreis, Abgegebene Stimmen, ES erhielten:, Stimmen. Lists candidates and their vote counts for various districts.

An die Delegierten zur Generalversammlung in Dresden.

Das Material darüber, was bei der Zureise der Delegierten in Dresden zu beachten ist, wird hier rechtzeitig abgesandt. Soweit uns die Privatadressen der Kollegen bekannt sind, schicken wir die Sachen direkt an diese, andernfalls an die zuständige Filialverwaltung.

Wohnungen sind zunächst für alle Teilnehmer bestellt worden, und zwar vom Sonntag, 5. Juli, an. Wer keine Wohnung haben will oder wer früher oder später als am 5. Juli in Dresden eintrifft, muß dies sofort melden an den Verband der Maler, Dresden-N., Rixenbergstraße 2, II. Der Verbandsvorstand.

Brotwucher.

Seine Bedeutung für das werktätige Volk und seine Abwehr.

Wenn die Reichsparteien Frühlingluft wittern, dann pflegt sich sofort die liebe „notleidende“ Landwirtschaft zu melden. Bereits seit dem vorigen Sommer verlangt sie stürmisch nach Schutzzöllen, bereits seit dieser Zeit schwebt über dem arbeitenden Volke das Damoklesschwert der maßlosen Verteuerung desjenigen Nahrungsmittels, das vielen Volksgenossen die ganze Ernährung bedeutet, des Brotes. Und dies nur, damit eine ganz kleine Schicht einer Berufs-kategorie, deren Betriebe sich angeblich nicht rentieren, sich auf Kosten der großen Volksmassen die Taschen zu füllen in der Lage ist. Als der Reichsernährungsminister die Zollvorlage, die von den notleidenden Agrariern jetzt endlich durchgejagt worden ist, vor den Pressevertretern besprach, da meinte er, daß der Zollschutz für den Landwirt (gemeint ist der Großagrariere) nicht etwa eine Gesundheitsprämie bedeuten sollte. Daraufhin fragen wir, warum nicht? Wenn ein Betrieb sich nicht rentiert, so muß eben der Betriebsinhaber sich nicht einfach auf den Staat verlassen, sondern er muß mit aller Kraft bestrebt sein, den Betrieb rentabel zu gestalten. Man denke dabei nur an Belgien, wo sich die Landwirtschaft ohne jeden Schutz Zoll glänzend rentiert. Vor dem Kriege wurde dem Volke der Schutz Zoll auf landwirtschaftliche Erzeugnisse schmacht gemacht dadurch, daß man erklärte, die Landwirtschaft sei mit Hilfe der Schutz-zölle für den Fall eines Krieges in der Lage, das dann von den ausländischen Märkten abgeschüttelte deutsche Volk selbständig zu ernähren. Man hätte auch damals die Frage aufwerfen müssen, warum diese Ernährung im Kriege mit der die Regierung Wilhelms von Doorn allerdings als feststehendem Faktor rechnete, nur mit Hilfe von Schutz-zöllen möglich war. Aber die „notleidenden“ Großgrundbesitzer, die auch den größten Teil der Herren Berufs-offiziere stellten, gehörten ja mit zu den treuesten Bewilligern jeder Heeres- und Flottenvorlage, so daß man diese Agrariere für Wilhelms, des späteren Kaiserreichs, Großermahnung nicht verurteilen durfte. Wie es nun mit der von Seiten der Landwirtschaft vor dem glorreichen Kriege so gepriesenen Ernährung während des Krieges aussah, ist für uns alle noch eine graufame Erinnerung, und es hieße Gulen nach Athen tragen, wenn hier nochmals ein Bericht über das Welt hungern folgen sollte.

Da nun selbst dem allerdümmsten Stahlhelm- und Wertvolkshänger kaum heute noch erzählt werden kann, daß die Rücksicht auf einen baldigen Krieg es notwendig mache, dem Volke Schutzzölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse, lies: eine große Protektionierung, aufzubringen, so erklärt man jeleckenmäßig die Landwirtschaft sei nicht rentabel und beschränkt sich auf den schüchternen Einwand, „die Zeiten seien so verworren“, „man müsse eine aber-malige Einkreisung befürchten (??)“, dann erhielten wir keine Lebensmittel aus dem Auslande mehr und müßten wieder hungern“ usw., und was dergleichen dummes Zeug mehr ist.

Sie würde vor dem deutschen Großagrariere mehr Hochachtung haben, wenn er mit schöner Offenheit sagen würde: „Wir verdienen nicht genug, essen aber müssen alle, und wenn vom Auslande keine Lebensmittel mehr nach Deutschland kommen, dann können wir, die notleidenden Groß-agrariere, dem Plebs müde die Preise diktieren.“ Das wäre eine ehrliche Sprache. Aber man glaubt, daß die Wille besser geschluckt wird, wenn man sie, so gut es geht, überquert.

Es empfiehlt sich nun wohl, hier noch einmal, obgleich dies schon weis wie oft geschehen ist, festzustellen, daß gerade die Großlandwirtschaft während Krieg und Inflation nicht nur zu den Schwerwiegendsten gehört hat, sondern auch in der Inflation ihren Besitz gänzlich entäußerten, während das durch den Krieg an den Zustand des Dauerhungers bereits gewohnte Volk sich in dieser liebgewordenen Beschäftigung auch während der Inflation dieser großen Erwerbsperiode aller Großlandwirte, weiterhin überleben mußte. Ein Reichstag oder vielmehr Reichstagsabgeordnete, die dafür stimmen würden, daß den oben bezeichneten Leuten auch fernerhin die Taschen auf Kosten der Armen der Armen gefüllt werden, würde nach der Auffassung jedes anständig denkenden Menschen jeder Moral entbehren.

Aber auch sonst müssen Dinge erwähnt werden, die jeden anständigen Abgeordneten abhalten müssen, seine Zustimmung zu einem solchen Verbrechen am Volk zu geben. Von allen Unternehmern bezahlt der Großlandwirt seine Arbeiter am schlechtesten. Von allen Unternehmern behandelt nur der Großlandwirt seine „Leute“ wie Sklaven, redet sie zum Beispiel in Mecklenburg und Pommern heute noch mit „Du, Ihr und Er“ an, und nicht selten gibt es auch noch Prügel wenn nicht pariert wird. In bezug auf die Lebensgenüsse muß der landwirtschaftliche Arbeiter heute, namentlich im Sommer, noch von Tagesanbruch bis zum Einbruch der Dunkelheit schuften. In bezug auf alle Lebensgenüsse gegen seine Arbeiter findet der Großlandwirt die größte Unterstützung in merkwürdigen Angehörigen des Hochstandes, der zum großen Teil arbeiterfeindlich und kapitalistisch eingestellt ist. Die Landwirtschaft ist ohnehin (unbegreiflich, warum) von allen Seiten reich gesegnet. Ein edler Wetterer besitzt alle Kreditinstitute der „armen“ Landwirtschaft Geld in Hülle und Fülle zu beschaffen, die Kreditbank will man direkt in eine Bank für die Herren Großagrarier umwandeln und wird dadurch diesen Leuten einen neuen Machsfaktor schaffen. Aber das genügt den Ritzern von Dr und Palm alles noch nicht. Je mehr man ihnen gibt, desto anmaßender werden sie, um so größer wird ihr Verlangen. Die Republik hat wahrhaftig keine Veranlassung ausgerechnet der Großlandwirtschaft immer neue Liebesgaben (Hausheutprämien) in den Schoß zu werfen. Sie beschenkt ihre wütendsten Gegner und gibt ihnen die Mittel in reichem Maße, mit denen hinterher die Republik bekämpft wird. Daß die Großlandwirtschaft mit wahrer Inbrunst Steuern bezahlt darf auch hier nicht vergessen werden. Sie ist auch hier großzügig und überläßt diese unangenehme Staatsbürgerpflicht lieber den Arbeitern und Angestellten. Die neue Liebesgabe des Zollschutzes würde für die Herren Großagrarier ein neuer Anreiz sein, ein neckisches Spiel mit den ländlichen Finanzämtern, in denen fast durchweg deutschnationale Beamte wirken aufzuführen.

Die deutschnationalen Wähler der Städte, die kein Getreide produzieren, dagegen Brot kaufen müssen, würden allerdings nach Einführung einer Zollschutzzollgebühren auch merken, welchen Geldbeutel sie mit ihrem Stimmzettel füllen zu helfen, berufen waren, genau wie die Kleinrentner bereits gemerkt haben, wie sie in bezug auf die Aufwertung von den deutschnationalen Führern angelehrt worden sind.

Das Volk muß sich mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht gegen die Frechheit der Großagrarier, die als Schieber hinter der Regierung stehen, genau so wie in Wilhelm's Tagen, wehren. Wenn die Landwirtschaft fleißig arbeitet, so wird sie sich auch rentieren. Das Volk ist nicht dazu da, den Ritzern von Dr und Palm die Speisen für wüste Gelage, wie sie während der Zirkus-Vusch-Tage in Berlin, wo am deutlichen Wesen die Weltwelt genesen muß, überlassen sind und auch während der vorjährigen Deutschen Landwirtschaftswoche in Hamburg gefeiert wurden, zu liefern. Auch in Hamburg war die Prostitution zu Ehren der Herren Landwirte im vorigen Jahre in hellen Häufen zugezogen. Wenn die Landwirtschaft sich einschränkt, wie Arbeiter und Angestellte es müssen, so wird sie auch rentabel werden.

Andernfalls hat gegenüber agrarischer Frechheit das arbeitende Volk nur eine einzige Forderung: Fort mit einem Reichstage, der Brotwucher unterstützt und Schutzpolle bewilligt! G. S.

### Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Die Witterung war im Monat Mai der Ausführung von Malerarbeiten außerordentlich günstig. Selbst bei den allerbeschränktesten Wohnungsverhältnissen ist die Unannehmlichkeit, die eine Renovierung nun einmal für die Bewohner mit sich bringt, leichter zu ertragen, wenn heller Sonnenschein den Trocknungsprozeß beschleunigt und ein frischer Luftzug die Verteilung eines 10 Jahre alten Staubes unterstützt.

Der Einfluß guten Wetters ist für die Konjunktur in unserm Gewerbe tatsächlich nicht zu unterschätzen, wird doch mancher Auftrag, weil nun die Handwerker einmal da sind, auf weitere ebenso dringlich der Auffrischung harrende Räume ausgedehnt. Dann werden auch eher Außenarbeiten an Fassaden Fenstern usw. in Angriff genommen. Es ist dadurch eine weitere Besserung auf dem beruflichen Arbeitsmarkt eingetreten. Von 170 Filialen haben für den Monat Mai 131 mit 35 765, davon 215 weiblichen Mitgliedern berichtet, von denen 112 oder 0,3 vom Hundert als arbeitslos ermittelt wurden. Die nachstehende Uebersicht weist nach, daß wir ein annähernd gutes Resultat im ganzen vorigen Jahre nicht, seit Beendigung des Krieges nur auf kurze Zeit im Jahre 1922 zu verzeichnen hatten.

Monat	Ges. berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Ende des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Ende der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder ermittelte Arbeitslose am Ende der letzten Monatswoche	
	1924	1925	1924	1925	1924	1925	1924	1925
Januar	140	150	43 487	36 404	23 708	4 403	54,5	12,1
Februar	135	142	40 780	35 572	20 641	2 194	50,6	6,2
März	130	128	40 071	34 405	5 016	677	12,5	1,9
April	129	133	38 420	35 713	1 067	231	2,8	0,6
Mai	131	131	40 562	35 765	467	112	1,1	0,3
Juni	133	—	37 778	—	688	—	1,8	—
Juli	135	—	33 389	—	815	—	2,4	—
August	133	—	36 807	—	1 149	—	3,1	—
September	132	—	37 390	—	871	—	2,3	—
Oktober	128	—	37 018	—	1 232	—	3,3	—
November	132	—	36 117	—	2 037	—	5,6	—
Dezember	146	—	38 316	—	4 401	—	11,5	—

Wurden Ende April noch 41 Kurzarbeiter gezählt, so ist deren Zahl bei der diesmaligen Erhebung auf 10 Personen gesunken, die eine in der Woche bis zu 8 Stunden verkürzte Arbeitszeit haben.

Das sollte zwar auf eine allmähliche Besserung auch in der Industrie hoffen lassen, doch machen sich in gewissen Zweigen der großindustriellen Unternehmungen neue Krisenerscheinungen bemerkbar, die besonders auf dem Gebiete der Kapitalbeschaffung zu liegen scheinen und den Scheinbar so festen Einkommens-Konzernen in bedenkliches Wanken gebracht haben. Von den großen Betrieben der Sechsigwerkstätten hat die „Reichsstiegwerkstätten“ in Hamburg die Schließung ihres Betriebes veranlaßt, nachdem schon ein Teil der Belegschaft gleichfalls wegen Mangels an Betriebskapital entlassen war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß weitere Unternehmungen von der Erschütterung in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Tragische dabei ist vor allen Dingen die katastrophale Auswirkung auf die Arbeitererschaft, an der sich die Sünden der irrupellosen kapitalistischen Schieber und Bankrott-Spieler durch erneute Arbeitslosigkeitperioden rächen wird, wenn es der Reichs- und den Großbanken, die eine Stützungsaktion des wackligen Einkommens-Turms beschlossen haben, nicht gelingt, das in allen Fugen tragende, durch Inflationsergebnisse fundierte Gebäude vor dem völligen Einsturz zu bewahren. Sind das die Folgen der Wahl des „Reichstags“, nachdem nach zuverlässigen Zeitungsnachrichten weitgehende Verhandlungen auf ausländische Kreditgewährung durch den Wahlausfall abgebrochen worden sind, so dürfte für die Wähler und Wahlbesitzer des nationalen Reichspräsidentenwahlgenerals ein spätes, aber um so vollständigeres Erwachen die unabwendbare Tatsache sein.

Es ist bedauerlich, daß die Zahl der berichteten Filialen wieder auf 131 zurückgegangen ist. Bei einem Stande von 172 Filialen, von denen Rattowitz und Königs-

hütte, weil sie im polnischen Auslande liegen, von der richterstattung ausgeschlossen sind, haben 99 Filialen berichtet. Daß diesmal eine Anzahl von Großstädten erheblichen Mitgliederzahlen darunter ist, verschlechtert Ergebnis noch bedeutend. Wir müssen immer wieder darauf die Berichtstarke nur in das Gesamtergebnis einarbeiten werden können, wenn sie spätestens am 8. Tage des neuen Monats in unserer Zeitschrift sind. Zum 8. Juni hatten nicht berichtet: vom 1. Bezirk: W. lau, Buzlau, Danzig, Glogau, Greifswald, Grünberg, Gumbinnen, Hoherswerda, Insterburg, Kolberg, Prenzlau, Sagan, Schneidemühl und Strasund; vom 2. Bezirk: Gießen, Koblenz, Neuwied und Trier; vom 3. Bezirk: Celle, Neumünster, Osnabrück und Wismar; vom 4. Bezirk: Bielefeld, Essen, Hamm, Lüdenscheid, Detmold und Weisel; vom 5. Bezirk: Freiberg i. Sa., Glauchau und Naumburg; vom 6. Bezirk: Karlsruhe, Pforzheim und Stuttgart; vom 7. Bezirk: Schweinfurt, Straubing und Weiden.

### Wie sichere ich mir meine Ansprüche gegen die Krankenkasse?

Von Julius Cohn, erster Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin.

Die Bestimmungen über Beginn und Ende der Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse sind in den weitesten Kreisen der Versicherten leider noch vielfach unbekannt. Infolgedessen veräumen viele bei eintretender Erkrankung ihre Mitgliedschaft fortzusetzen, und haben in Folge der Erkrankung dann keine Ansprüche auf Unterstützung. Es empfiehlt sich aus diesem Grunde, über die böse Kasse zu schimpfen, die an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden ist, sondern sich mit den wichtigsten Bestimmungen über Versicherungspflicht und Haftung der Mitgliedschaft vertraut zu machen, um sich Schaden zu bewahren.

Krankenversicherungspflichtig sind alle Arbeiter, Lehrlinge und Hausangestellte, wenn sie gegen Entgelt arbeiten. Die Höhe des Entgelts spielt in der Regel keine Rolle. Lehrlinge sind versicherungspflichtig, auch wenn sie kein Entgelt erhalten. Entgelt ist nicht nur Monatslohn, sondern hierzu rechnen auch Sachbezüge (freie Kost, Bekleidung, Familienwohnung, Heizung, Beleuchtung, regelmäßige Trinkgelder, Provisionen, Lantieren usw.).

Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Kaufmänner und Bureauangestellte, leitende Personen, Bühnenglieder, Musiker und schließlich Hausgewerbetreibende unterliegen nur bis zu einer bestimmten Grenze des Einkommens der Versicherungspflicht. Diese Grenze ist jährlich und beträgt zur Zeit 2700 M. jährlich. Für die Grenze werden jedoch Zuschläge, die nur mit Rücksicht auf den Familienstand gezahlt werden (Frauen- und Kinderzulagen) nicht angerechnet.

Die Mitgliedschaft bei der Zwangskasse beginnt mit der Aufnahme der versicherungspflichtigen Tätigkeit und endet mit dem Aufhören derselben.

Die Mitgliedschaft beginnt also nicht erst mit der Anmeldung bei der Kasse, und die Anspruchsberechtigung hängt bei Pflichtmitgliedern auch nicht von erfolgter Beitragszahlung ab, sondern: durch Aufnahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit beginnt zwangsweise die Mitgliedschaft bei der Zwangskasse und damit die Anspruchsberechtigung. Eine Ausnahme bildet nur der freiwillige Arbeitsversuch eines bei der Aufnahme der Beschäftigung schon kranken Arbeiters. Ebenso wie der Beginn der Mitgliedschaft nicht abhängig ist von einer Anmeldung, ist auch die Beendigung der Mitgliedschaft nicht durch eine Abmeldung ein. Die Mitgliedschaft endet stets mit dem Aufhören der versicherungspflichtigen Tätigkeit, gleichgültig, ob Abmeldung erfolgt oder nicht. Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Versicherten, bei Aufhören der Beschäftigung durch Unterlassung der Abmeldung die Mitgliedschaft weiterbestehen zu lassen, sind unzulässig. Arbeitgeber muß allerdings, auch nach Aufhören der versicherungspflichtigen Tätigkeit, die Beiträge bis zur Beendigung weiterbezahlen; hieraus kann der frühere Versicherte aber Rechtsansprüche nicht herleiten; denn:

### Die Maschine — aus Segen ein Fluch.

#### Arbeitslosigkeit durch arbeitssparende Maschinen.

Es soll hier nicht über die freudlose Eintönigkeit der Maschinenarbeit, insbesondere der rein mechanischen, gesprochen werden, worüber menschenfreundliche Sozialpolitiker sich nur Recht Sorgen machen. Darüber nur so viel: die Maschine produziert, mögen wir diese Tatsache noch so sehr bedauern, wird angesichts des Druckes der immer zunehmenden Bevölkerungsvermehrung nicht mehr verschwinden. Das ist einmal unser Schicksal, dem wir nicht zu entkommen vermögen. Heilmittel gegen die freudlose Eintönigkeit der Fabrikarbeit gibt es nicht, es sei denn verkürzte Arbeitszeit und bessere Ausnutzung der freien Zeit.

Ein neuer Widerspruch liegt aber auf den Fabrikarbeitern der Welt. Sie haben das Elend und die Not der Wirtschaftskrise noch nicht überwunden und nun droht ihnen bei beginnender Konjunktur das gleiche Schicksal, wie während der Wirtschaftskrise selbst: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die vollkommenen Maschinen, der Segen der Technik, steht auf ihrer neuesten Entwicklungstufe, wo sie die Arbeit bis zu den kleinsten Einzelheiten automatisch allein verrichtet, im Begriff, Millionen von Arbeitshänden überflüssig zu machen. Diese neuen Eigenschaften der modernen Technik beanspruchen keine gelehrte Arbeit. Daraus folgt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für die Fabrikarbeiter überhaupt, ganz besonders aber für die Felder, falls diese nicht geneigt sind, zu den Lehrlingen der Ungelehrten weiter zu arbeiten. Wir stehen jetzt am Beginn einer neuen Entwicklung, deren Folgen unübersehbar sind. Das neue Zeitalter des Kapitals, vor allem in Amerika, aber auch auf Europa in immer weiteren Maße übergreifend,

ist die arbeitssparende Maschine. Vornehmlich zwei Gründe sind es, die das Kapital veranlassen, die Technik zu immer neuen Wunderleistungen anzuspornen: einmal das Bestreben der Arbeiterchaft, gleich nach dem Krieg ihre Reallohne zu steigern, des weiteren aber die durch riesige, oft auch in Krisenzeiten erzielte Profite beschleunigte Kapitalbildung, die den Unternehmern die Anschaffung der sehr kostspieligen Maschinen ermöglicht.

In der amerikanischen Zeitschrift der Schwerindustrie „Iron Age“, die im übrigen eifrig für die arbeitssparende Maschine Propaganda macht, lasen wir kürzlich: Die Produktion hat sich von Juli 1914 bis Januar 1925 um 28 % für einzelne Produkte, wie Öl, Kohlen usw., um 34 % gesteigert, der Beschäftigungsgrad aber nur um 6,5 %. Diese Zeitschrift stellt weiter fest, daß gegenwärtig 28 % der beschäftigten Arbeiter auf Kurzarbeit gestellt sind. Andere Quellen berichten darüber, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten gegenwärtig, zur Zeit der Konjunktur, 2,5 Millionen beträgt. Die Bedeutung dieser Zahl ist um so größer, weil bekanntlich die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten seit Jahren außerordentlich eingeschränkt ist. So war zum Beispiel die Eisen- und Stahlproduktion im März 1925 um 30 bis 40 % größer als vor dem Krieg und dennoch gab es dort eine Arbeitslosigkeit. Dies ist nur zum Teil durch organisierte Fortschritte, zum größeren Teil aber durch die neuen arbeitssparenden Maschinen verursacht.

Ein amerikanischer Professor, Paré Winton, kündigt in der Zeitschrift „Atlantic Monthly“ den Untergang der gelehrten Arbeit an. Seiner Behauptung zufolge können die Fertigkeiten für 45 % aller Arbeitsposten in der Automobilindustrie in einem Tag erlernt werden, 56 % beanspruchen nicht mehr als eine

Woche Lernzeit und nur 1 % erfordert eine Ausbildung von mehr als einem Jahr. Die Abflüsse der gelehrten durch ungelernete Arbeiter tritt in der Stahlindustrie am meisten hervor. Die Arbeiter machen kaum mehr als Griffe an Hebeln, während alles andere durch Dampf und Elektrizität verrichtet wird. Als Stahlwerke Arbeiter brauchten, haben sie Mexikaner und Neger zugezogen. Der Baumwollpflanzler kann beim sofort in ein Stahlwerk eingestellt werden.

Die gleichen Erscheinungen treten aber auch in Europa auf. Für englische Verhältnisse ist der jüngst ausgebrochene Konflikt im Baugewerbe bezeichnend: er handelt sich dort darum, daß künstlich Wohnhäuser aus Stahl nach einem neuen System gebaut werden sollen, die Facharbeiter zum größten Teil überflüssig macht. Die Organisationen der Bauarbeiter bestehen darauf, daß bei der Errichtung von Stahlhäusern beschäftigten Bauarbeiter nur zu den Löhnen, die für die Bauarbeiter tarifvertraglich festgesetzt sind, arbeiten dürfen.

Der internationale Kongreß der Glasarbeiter in Prag im September 1924 beschäftigte sich mit der Arbeitslosigkeit der Glasarbeiter infolge der Einführung neuer Maschinen. Es wurde festgestellt, daß in England die mechanische Herstellung der Flaschen so weit fortgeschritten ist, daß in Schottland die Glasarbeiter ganz in die Hände entlassen wurden. Der gleiche Vorgang begann für Fensterglas in Belgien, Frankreich, Tschechoslowakei, für Flaschen in Frankreich um sich zu greifen, auch in Deutschland ist durch Einführung amerikanischer Betriebsmethoden namhafte Arbeitslosigkeit in der Glasindustrie entstanden.

Was insbesondere Deutschland anbetrifft, so sind Bestrebungen zur Einführung arbeitssparender Maschinen hier ebenfalls vorhanden. In der erwähnten Zeitschrift

terzahlung ist eine Strafe für die unterlassene Ab-  
 ung.  
 Mitglieder, die aus der Beschäftigung ausscheiden,  
 deshalb abgemeldet werden müssen, weil sie als An-  
 tre wegen Ueberschreitung der Gehaltsgrenze der Ver-  
 zungspflicht nicht mehr unterliegen, haben das Recht  
 Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft, wenn sie zuletzt un-  
 elbar mindestens sechs Wochen oder im letzten Jahre  
 estens 26 Wochen versichert waren. Die Erklärung  
 freiwilligen Mitgliedschaft muß innerhalb dreier Wochen  
 Tage), vom Tage nach der Beendigung der Beschäfti-  
 an gerechnet, bei der Kasse erklärt werden. Wird die  
 arung durch die Post geschickt, so empfiehlt es sich, dies  
 „Eingeschriebenen Brief“ zu tun. Wird bei der  
 arung der freiwilligen Mitgliedschaft über die Stufe  
 vereinbart, so verbleibt der Versicherte in seiner  
 rigen Stufe. Erhebt die Kasse Beiträge nach dem  
 ständen Arbeitsverdienst, so wird er in eine Stufe ge-  
 die seinem bisherigen Verdienst entspricht. Erwerbs-  
 die nicht von der Erwerbslosenfürsorge versichert wer-  
 haben das Recht, die Verzekung in eine niedrigere  
 e zu beantragen; der Antrag wird vom Kassenvorstand  
 Regel genehmigt. Dieser Antrag hat aber keine  
 irkende Kraft. Die Beiträge der freiwilligen Mit-  
 werden nicht durch die Kasse eingezogen, son-  
 sind ohne vorherige Aufforderung vom Kassemitglied  
 zahlen oder porto- und bestellgeldfrei einzusenden.  
 Die Dauer des Krankengeldbezuges sind Beiträge nicht  
 utrichteten.

Die freiwillige Mitgliedschaft darf nur so lange fort-  
 werden, bis der Angestellte wieder eine Beschäfti-  
 übernimmt. Durch die Beschäftigung entsteht eine  
 tmitgliedschaft, und durch das Entstehen der Pflicht-  
 iedschaft erlischt die freiwillige Mitgliedschaft. Es ist  
 nicht zulässig, in zwei Zwangsklassen gleichzeitig Mit-  
 zu sein, niemand kann in einer Klasse Pflichtmit-  
 und in der andern freiwilliges Mitglied sein. Die  
 illige Mitgliedschaft erlischt ferner, wenn die Bei-  
 an zwei aufeinanderfolgenden Zahlungsterminen  
 geleistet werden oder durch Austrittserklärung. Die  
 ieder bleiben für die Beiträge, die bis zum Erlöschen  
 geworden sind, haftbar.  
 Wer seine freiwillige Mitgliedschaft erklärt und seine  
 räge zahlt, kann nie die Ansprüche an die Kasse ver-  
 umt. Wer die Erklärung zur freiwilligen Mitgliedschaft  
 umt, hat, falls er zuletzt mindestens sechs Wochen  
 im letzten Jahre 26 Wochen tätig war und wegen  
 erbslosigkeit ausscheidet, Anspruch bei Krankheiten, die  
 halb dreier Wochen nach dem Austritt aus der Ver-  
 zung entstehen. Wer nicht wegen Erwerbslosigkeit,  
 en wegen Ueberschreitung der Gehaltsgrenze aus-  
 et, ohne seine freiwillige Mitgliedschaft zu erklären,  
 sofort seiner Ansprüche an die Kasse verlustig; nur  
 erinnen machen eine Ausnahme, deren Ansprüche  
 en erst sechs Wochen nach der Abmeldung, aber auch  
 dann, wenn sie wegen Schwangerschaft die Beschäfti-  
 aufgegeben haben. Es ist daher besonders Schwan-  
 zu raten, ihre Mitgliedschaft nach jedem Ausscheiden  
 der Beschäftigung fortzusetzen.

Die größere Zahl der Krankenkassen gewährt nach  
 monatlicher Mitgliedschaft Mehrleistungen. Wer sich  
 sichern will, muß im Falle der Erwerbslosigkeit seine  
 illige Mitgliedschaft erklären, auch dann, wenn er  
 t, daß die Erwerbslosigkeit nur kurze Zeit dauern  
 Erwerbslose, die nicht mehr Mitglied der Kasse  
 haben nach dem Gesetz nur Anspruch auf Regel-  
 ungen (das heißt Mindestleistungen). Sie können  
 selbst wenn sie früher jahrelang Mitglied waren,  
 als Anspruch auf Mehrleistungen erheben.

### Meister und Lehrling.

In der Nummer 23 vom 6. Juni 1925 beschäftigte sich  
 Friedrich Wagner, Nürnberg, mit der Frage der Ver-  
 zehung im Handwerk. Sticht die Art seiner Argu-  
 mentation auch wesentlich ab von jener ganz verzogpter  
 Meister, so können wir doch nicht umhin, dazu einige  
 unferm Standpunkte aus zu sagen. Sicher ist die Her-  
 zung eines tüchtigen gewerblichen Nachwuchses ebenso

wie im Handel und in der Industrie mit einer Lebensfrage der  
 deutschen Wirtschaft. Darum sind wir auch der Meinung,  
 daß diese Frage nicht nur eine Frage der Arbeitgeber und  
 Meister, sondern ebensosehr eine solche der deutschen Arbeit-  
 nehmerschaft ist. Darüber hinaus wird aber auch dem  
 Staate als Hüter über das Gesamtwohl aller Schichten  
 der Bevölkerung kaum ein Mitbestimmungsrecht zu ver-  
 wehren sein. Der Artikelschreiber hebt dann hervor, daß  
 sich das Handwerk in neuerer Zeit auch mit den Gewerk-  
 schaften als den heute zuständigen Gesellenvertretungen zur  
 Gemeinschaftsarbeit in der Lehrlingsausbildung verbunden  
 hätte. „Weide sollen als die berufensten Stellen für die  
 Pflege und richtige Heranbildung des Nachwuchses der pro-  
 duktiven Wirtschaftskräfte Sorge tragen.“ So weit, so gut.

Dann stimmt Herr Wagner ein Magelied an, daß es  
 leider nicht möglich sei, mit den Gewerkschaften har-  
 monisch zusammenzuarbeiten, weil es ihre Tendenz sei, die  
 Beziehungen zwischen dem Lehrling und seinem Meister

### Vereinte Kraft.

Der einzelne ist wie ein Spiel der Wellen,  
 Ein ziellos-irrer, bald verschlungener Kahn;  
 Doch die vereinte Macht zieht zu den hellen,  
 Den grünen Hoffnungsuffern froh hinan!  
 Wenn sie begeistert hebt die weiten Schwingen,  
 Schreckt die Gewalt nicht, die mit Racht uns droht —  
 Wir trugen Siege oft aus unterm Ringen,  
 Aus heißen Kämpfen Menschentum und Brot!

Ernst Preysang.

nach den gleichen Formen zu regeln, die sich im Wirtschafts-  
 leben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heraus-  
 gebildet haben. „Also auch in die Seele des jungen Lehr-  
 lings soll von vornherein der Same des wirtschaftsfeind-  
 lichen Klassenkampfes gepflanzt werden.“

Herr Wagner ver-  
 irrt in denselben Fehler, der von  
 seinen Gesinnungsgenossen immer gemacht wird, nämlich  
 die Dinge so hinzustellen, als wenn der Klassenkampf-  
 gedanke der Arbeiterschaft erst eingepflanzt werden müßte.  
 In Wirklichkeit aber ist es so, daß der Klassenkampf etwas  
 tatsächlich Bestehendes ist, das von niemandem erfunden  
 wurde und das auch heute dem Arbeiter nicht erst gelehrt  
 wird. Ebenso abwegig ist es, wenn der Verfasser des Ar-  
 tikels davon spricht, daß nur durch die Art, wie die Klassen-  
 kämpferischen Gewerkschaften das Verhältnis des Arbeiters  
 zur Arbeit dargestellt haben, ihm jede innere Freude an  
 seinem Berufe genommen ist. Allerdings gibt er zu, daß  
 daran auch die immer größere Arbeitsteilung und die  
 rapide Entwicklung zum Industrialismus mit Schuld  
 tragen.

Was ihm als mehr unwesentlich gilt, scheint uns das  
 Wesentliche zu sein. Die immer größere Schematisierung  
 und Mechanisierung der Arbeit bedingt es, daß der Ar-  
 beiter nicht mehr das innere, seelische Verhältnis zur Ar-  
 beit hat wie früher. Heute weiß der Arbeiter, der irgend-  
 ein Teilstück anfertigt, oft gar nicht, wie eigentlich das  
 Endprodukt ausieht. Hunderttausende arbeiten aber auch  
 unter einem Arbeitsverhältnis, in dem sie ihren Arbeit-  
 geber gar nicht kennenlernen (N.-G., G. m. b. H.). Dort  
 haben sie es wohl mit einem Direktor oder Betriebsleiter  
 zu tun, aber die eigentlichen Geschäftsinhaber sind völlig  
 unbekannt. Daß es auch heute noch im Kleinhandwerk,  
 wie dem unfrigen, anders ist, geben wir zu, ändert aber  
 nichts an der Tatsache der allgemeinen Tendenz der wirt-  
 schaftlichen Entwicklung.

Da die Gewerkschaften nach Herrn Wagners Meinung  
 versagen, muß das Handwerk darauf bestehen, daß die Er-  
 ziehung des Lehrlings in seinen Händen bleibt, damit die  
 in der Entwicklung liegende Gefahr hintangehalten oder  
 möglichst lange aufgehalten wird. Damit gibt er schon zu,  
 daß man sich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht ent-  
 ziehen kann. Er schildert dann die Verhältnisse im Hand-  
 werk besonders für die Lehrlinge im rosigsten Lichte. „Ge-

tade im Handwerk hat jeder individuell nach seiner Ver-  
 anlagung und seiner Fähigkeit Gelegenheit zu schöpferischer  
 Tätigkeit.“ Wir wollen, es wäre in der Tat so, wie es  
 hier dargestellt wird. Leider ist das nicht der Fall; denn  
 wir wissen nur zu gut, daß selbst außerordentlich tüchtige  
 und befähigte Gehilfen oftmals die einfachsten und  
 schmutzigsten Arbeiten ausführen, nur um, besonders im  
 Winter, überhaupt Arbeit zu haben. Trotzdem sind auch  
 sie oftmals arbeitslos. Der Verkehr des Meisters mit dem  
 Lehrling, wovon Herr Wagner spricht, ist nur noch recht  
 selten anzutreffen. In sehr vielen Fällen ist der Lehrling  
 in seiner Ausbildung auf die Gehilfen und auf die Fach-  
 schule angewiesen, verlassen diese, ist es mit seiner Aus-  
 bildung schlecht bestellt.

Aber das merkt der Lehrling auch sehr bald, und dar-  
 um ist die Liebesrühr der Arbeitgeber ihm gegenüber  
 ganz überflüssig; der Lehrling wird sich doch dort an-  
 schließen, wo er glaubt, daß seine Interessen am besten ge-  
 wahrt werden. Zugeben muß Herr Wagner, daß die Ent-  
 schädigungsfrage des Lehrlings für die Eltern desbesin-  
 nicht nur eine Nebenfrage ist. Trotzdem wirft er aber den  
 Gewerkschaften vor, daß sie diese zu sehr in den Vorder-  
 grund schieben und die ethische Seite der Lehrlingsaus-  
 bildung übersehen. Recht nahe heißt es an einer Stelle:  
 „Diese rein materielle Denkart wird ihm im Laufe  
 seines Lebens wahrscheinlich die ihn umgebende Welt  
 jowieso einpausen, wenn es bis dahin den in unserm Werte  
 schlummernden ethischen Kräften nicht gelingt, die Denk-  
 art der Menschen mehr ins Bessere zu wandeln.“

Wenn die Meister nur erst einmal mit gutem Bei-  
 spiel vorangehen wollten. Könnten wir feststellen, daß die  
 Meister allgemein ihrer Pflicht auf Ausbildung der Lehr-  
 linge zu tüchtigen Gehilfen nachkämen und auch in bezug  
 auf die Vergütung bis an die Grenze dessen gehen würden,  
 was man als „angemessen“ bezeichnen kann, bräuchten wir  
 uns um diese Dinge nicht allzu viel zu kümmern. Da aber  
 die Praxis ganz etwas anderes lehrt, müssen wir uns nach  
 wie vor dieser Aufgabe unterziehen. Leider ist es nicht  
 so, wie Herr Wagner am Schluß seines Artikels schreibt:  
 „Der Meister steht in dem Lehrling nicht einen Arbeiter,  
 der mit den andern Gesellen auf gleicher Stufe steht, son-  
 dern den jungen Menschen, dem sein Beruf erst gelehrt  
 werden muß und den der Meister auch etwas lehren will.“  
 Die Praxis sieht ganz anders aus. Die vielen Klagen  
 der Lehrlinge über mangelhafte Ausbildung, schlechte Ver-  
 handlung und geringe Entschädigung reden eine deutliche  
 Sprache. Trotz des Streubens der Meister wird der Weg  
 der Entwicklung dahin gehen, daß auch die Gehilfen als  
 „Gleichberechtigte“ bei der Lehrlingsausbildung mitwirken.

### Herabfallende Fassaden.

Die Gefahren für die Volksgesundheit und das Leben  
 der Straßenpassanten durch die nach vielen Richtungen  
 hin verhängnisvolle, vor allem aber auch volkswirtschaftlich  
 höchst nachteilige Vernachlässigung der Wohnungen und  
 Fassaden nehmen immer ernsteren Charakter an. Das  
 kommt auch in der Presse immer stärker zum Ausdruck.  
 So fanden wir im „Berliner Tageblatt“ folgende treffende  
 Notiz:

Mehrfach in letzter Zeit ist es in Berliner Straßen  
 vorgekommen, daß Sturz von den Fassaden auf  
 Fußgänger herabfällt. Denn die Wohnhäuser  
 sind in einem Zustande, der unter keinen Umständen  
 noch lange anhalten darf. Bedrohlich hängt der Fuß  
 von Wänden und Balkonen, und wir, die darunter weg-  
 gehen, setzen oftmals Leben und Gesundheit aufs Spiel.  
 Nicht mehr so sichtbar sind im großen und ganzen die  
 Zeichen des verlorenen Krieges und der Inflation. Auch  
 deren deutlichste, die Willmar, ist endlich verschwunden.  
 Da wird es höchste Zeit, daß den Wohnhäusern der Firnis  
 zutrommt, nach dem sie lechzen. Innerhalb der Miet-  
 wohnungen gehen schon mächtig die Maler und Tape-  
 zierer um, bedauerlicherweise größtenteils auf Mieters  
 Kosten. Wenn die Wirte jedoch darauf warten, daß die  
 Mieter sich auch der verwundeten Fassaden bemächtigen,  
 dann werden sie die Auffrischung ihres Eigentums kaum  
 erleben. Hin und wieder sieht man schon ein Maler-  
 gerüst sich erheben, und man weiß, daß hier ein Wert  
 ökonomisch denkt: die Verwahrlosung seines Hauses ihm

„Age“ (9. April) wird mitgeteilt, daß „die Kredit-  
 ge deutscher Unternehmungen für langfristigen Kredit  
 den Wunsch der letzteren, neue, arbeitssparende  
 inen zu kaufen, zurückzuführen sind“. Der General-  
 or der Reichsbahn hat erst kürzlich darüber  
 Vortrag gehalten, wie in den Eisenbahn-  
 stätten infolge der Einführung neuer Ma-  
 n und Arbeitsmethoden ein erheblicher Teil der  
 ter überflüssig geworden ist. Die neuen Ma-  
 n halten aber auch in die Bureaus, vornehmlich  
 ie Banken ihren Einzug. Rechnende Schreib-  
 ngen, schreibende Rechenmaschinen, Loch-, Sortier- und  
 ungsmaschinen werden eingeführt. Angebild werden in  
 filiale und Depositenzentrale einer D-Bank mit Hilfe  
 Systems der Mechanisierung der Arbeit und der  
 Maschinen 70 bis 80 % des Personals überflüssig.  
 durch Einführung von Maschinen soll ein weiterer  
 des schon verringeren Personals um 15 bis 25 %  
 schätzungen der Großbanken) möglich sein.

Diese Beispiele sprechen deutlich genug für die Größe  
 Gefahr, die hier vorliegt. Wie soll ihr gesteuert wer-  
 Der Beschluß auf dem internationalen Kongreß  
 asarbeiter ist weitgehend: er fordert unter anderem  
 Regelung und Einschränkung sowohl der Benutzung  
 natijcher Maschinen wie der Erziehung von neuen  
 en, des weiteren die Entschädigung der überflüssig  
 denen Arbeiter, wozu die Industrie eine Ausgleichs-  
 schaffen soll. Die mechanisch arbeitenden Betriebe  
 an diese besondere Beiträge abführen. Die um-  
 belten Betriebe sollen in erster Linie die früheren  
 erbeiter, die sonst ihre Beschäftigung verlieren würden,  
 len.

Der Bericht der Unterfr. -agskommission der engli-  
 Arbeiterpartei über die Vergebung im Kapitalis-  
 beschäftigt sich ausführlich mit der Frage der

arbeitssparenden Maschinen und stellt fest,  
 daß die Gewerkschaften gegen ihre Einführung keinen  
 Widerstand leisten. Es wäre eine müßige und  
 unnütze Sache — sagt der Bericht —, sich dem Fort-  
 schritt der Erfindungen zu widersetzen. Die Gewerk-  
 schaften müssen aber verhüten, daß die Arbeiter unter  
 der Einführung neuer Maschinen leiden und die Inter-  
 essen der Arbeiter wahrnehmen. Auf diesem Gebiet  
 haben die Gewerkschaften vor allem die Aufgabe der Neu-  
 verteilung der Arbeitskraft, um die überschüssigen Arbeits-  
 kräfte in neue Bahnen zu lenken. Was aber den einzelnen  
 Arbeiter als solchen anbelangt — heißt es im Bericht —,  
 so kann es nicht wundernehmen, wenn er die Neuerungen,  
 die seine Stellung gefährden und ihn mit dem Verlust  
 seiner Beschäftigung bedrohen, mit Mißtrauen betrachtet.  
 Er kann nicht damit verträglich werden, daß diese Neu-  
 erungen schließlich mehr Arbeitsgelegenheit schaffen werden;  
 denn auf diesen Erfolg kann er nicht warten. Sein Miß-  
 trauen würde nur schwinden, wenn ihm der Lohn, wie es  
 bei den Baugilden geschah, für jeden Fall unverschuldeter  
 Arbeitsunmöglichkeit gesichert würde.

Diese hier geschilderten Stellungnahmen sollen nur  
 dienen zur Andeutung des gewerkschaftlichen und  
 weitergehend des großen sozialen Problems, das hier  
 vorliegt. Es soll aber auch auf den internationalen  
 Charakter des Problems hingewiesen werden. Die Ein-  
 führung der arbeitssparenden Maschinen in den ver-  
 schiedenen Ländern gleicht im internationalen Konkurrenz-  
 kampf der Wettrüftung der Armeen — rüstet das  
 eine Land, so fühlt sich das andere bedroht und glaubt  
 ebenfalls rüsten zu müssen. Kann in diesem Wettkampf  
 Abhilfe geschaffen werden, so muß dies auf Grund inter-  
 nationaler Vereinbarungen erfolgen.

Eine weitere volkswirtschaftliche Untersuchung  
 des Problems führt uns zur Prüfung der Gesamtlage, aus

der die Einführung arbeitssparender Maschinen entspringt.  
 Das Kapital will nicht Arbeit, sondern Löhne sparen,  
 damit sein Profit gesteigert wird. Was folgt aber daraus?  
 Nicht die bessere Versorgung der Bevölkerung dank einer  
 verbilligten und vergrößerten Produktion, wie sie sich durch  
 die erweiterte Maschinenarbeit ergeben müßte. Denn bei  
 der Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und  
 bei niedrigen Löhnen und Gehältern kann die Bevölkerung  
 die erzeugten Waren nicht aufnehmen, was zur dauernden  
 Ueberproduktion und damit zur ständigen Krise führt.  
 Schon deshalb ist eine staatliche Lohnpolitik, die die Kauf-  
 kraft der Bevölkerung heben soll, unbedingt nötig. Des  
 weitern geht die Kapitalbildung in der Industrie infolge  
 der schlechten Löhne und hohen Preise im Verhältnis zur  
 Verbrauchsfähigkeit zu rasch vor sich. Die Unternehmer  
 sind daher in der Lage, immer größere Kapitalien in  
 Maschinen anzulegen. Die Anschaffung der neuen Maschi-  
 nen durch überraschende Kapitalbildung geht aber mit der  
 Verelendung der Massen einher. Auch von dieser Seite ge-  
 sehen ist eine neue Politik der Verteilung, die eine zu  
 rasche Kapitalbildung unterbindet, erwünscht. Die arbeit-  
 sparende Maschine könnte ein großer Vorteil, ja eine  
 Wohltat sein, wenn die dadurch überflüssig werdenden Ar-  
 beitskräfte in der Produktion verwertet, beziehungsweise  
 in andere Produktionszweige übergeführt werden könnten.  
 Die Produktionspolitik des Hochkapitalismus, des Monopol-  
 kapitalis mit seinen Produktionsbeschränkungen und seiner  
 Kapitalausfuhr steht aber einer gleichmäßigen Erweite-  
 rung der inländischen Produktion unter Schonung der in-  
 ländischen Verbrauchsfähigkeit entgegen. Das Problem der  
 arbeitssparenden Maschinen fügt sich also in den Kampf  
 gegen das Monopolkapital ein. Auf diese Weise  
 macht auch die neue arbeitssparende Maschine die Unhaltbar-  
 keit der kapitalistischen Wirtschaft an einer besonders wunden  
 Stelle sichtbar.

schließlich teurer zu stehen kommt als die Instandsetzung. Über ganze Straßenfronten sind reif, nach einem zehnjährigen Gehaltlassen neu verputzt und geölt zu werden. Wenn demnach der bedauerlichen Unfälle sich noch ein paar wiederholen, wird auch die Vaupolizei das zugedrückte Auge aufmachen müssen. Erstens ist der Wirt bei Unfällen regreßpflichtig und zweitens muß er dann soviel den Maurermeister bestellen, deren Häuser nachweislich noch keinen Ertrag abwerfen, müßten öffentlich in den Stand gesetzt werden, die Reparatur vornehmen zu lassen, und zwar am besten aus der Hauszinssteuer.

### Lackierer.

**Schorndorf.** Von unserm Verbands wie auch von Seiten des Metallarbeiterverbandes war für die Arbeiterschaft der Firma Eisenmöbelfabrik Schorndorf, L. & C. Arnold H. G. eine Lohnforderung von 15% eingereicht worden, zu deren Behandlung die Firma ihre Arbeiterschaft an den Schlichtungsausschuß verwies. Am 4. Juni fanden vor diesem Verhandlung statt, die — nachdem eine Einigung im letzten Augenblick sich wieder zerbrach — mit folgendem Schiedspruch endigte:

Als laufender Lohnwoche erhöhen sich die bestehenden Löhne und Akkordsätze um 10%. Die Mindestlöhne betragen demnach für den über 26 Jahre alten Arbeiter 64 J., den angeleiteten Arbeiter 58 J., Hilfsarbeiter 53 J. in der Stunde. Ist ein Hilfsarbeiter über 6 Wochen im Betrieb, so ist der Mindestlohn 55 J. Dieses Lohnabkommen läuft bis auf weiteres. Es ist mit vierzehntägiger Frist erstmals auf den 15. August kündbar. Geht sich in der Zwischenzeit die Indezzahl der Stadt Stuttgart um mehr als 8 Punkte, so finden neue Verhandlungen statt.

Zur Beurkundung: Dr. Stimmich  
Damit ist für die Arbeiterschaft dieses Betriebes, der zu den schlechtest bezahlenden des Gebietes zählt, und der sich ständig auf seine Schwesterbetriebe in Ettenlad und Kempfen mit ihren noch niedrigeren Löhnen bezieht, eine annehmbare Regelung und Verbesserung der Verdienste geschaffen; unsere Kollegen in der Lackiererei konnten damit auf einen durchschnittlichen Akkordstundenverdienst von 88 J. Bei einer etwas strafferen gewerkschaftlichen Organisationsarbeit wird die Arbeiterschaft dort ihre Lage noch weiter verbessern können.

### Verichtigung.

Das Gutachten in dem Artikel „Weiteres über Hautschädigungen“ im Maler Nr. 24 stammt nicht von Herrn Dr. Becker, Cassel, sondern von dem Landesgewerbearzt für den Aufsichtsbereich Wiesbaden, Herrn Dr. med. Metke, der auf Veranlassung der Casseler Gewerbeaufsicht die aufgeführten Kollegen in unserm Bureau unterzucht und uns dann das überlieferte Gutachten ausgestellt hat.

### Aus unserm Beruf.

**Dresden.** In unsern Bezirksversammlungen findet man oftmals Leute, die es als ganz selbstverständlich betrachten, daß ihnen die Erfolge der Organisation zugute kommen, sie jedoch nichts dazu beitragen, daß weitere Fortschritte für die Kollegen durchgesetzt werden. Unionisten, Syndikalisten, und in der letzten Zeit auch sogenannte Vaterländische (alle zusammen kann man mit dem Namen „Beitragslose“ bezeichnen) geben sich hier rühmend ein Stellbildchen, um gegen die Gewerkschaften vom Leder zu ziehen. Leider werden diese Ruchkollegen durch das Verhalten eines Teiles unserer organisierten Kollegen in ihrem Parasitentum behindert. Auch die Arbeitgeber verstehen es mitunter trefflich, ihre Leute gegeneinander auszuspielen und sie von sich abhängig zu machen. Ganz besonders ist dies bei der Firma Walter Fischer, Dresden, Panzaitzstraße, der Fall. Hier bekommt derjenige, der noch kein Fahrrad hat, ein solches vom Meister gekauft, und er kann das dann in Raten abbezahlen. Herr Fischer verlangt aber dafür beileibe von seinen Leuten nichts Unrechtes. Er hält den Tarif streng inne! Was kann er dafür, daß dann die Gehilfen länger arbeiten, auch jeden Sonn- und Feiertag, meist ohne den tariflichen Zuschlag. Des Meisters Kinder darunter sind, zeigt nachfolgendes Schreiben von einem, der 8 Tage zuvor in einer Bezirksversammlung aufgenommen worden war.

Reschler Herrn Zeugniss

Ich teile hiermit meinen Austritt, da es keinen Zweck hat. Ich bekomme nicht mer da ich ungelernde Mann bin, noch werde er mich Entlassen. Ich bleibe lieber in mein Vaterländischen Verband, der dient mir mehr als wie die Gewerkschaft. Als gezwungenes Mitglied mag ich nicht bleiben es berrißt jetzt Freiheit, ich kann machen was ich will. Die Beiträge sind viel zu hoch bestriffen, ich gebe in meinen Verband nur 50 Pf und hier soll ich 110 Pf geben, der nicht und wieder, wenn Ihr Geld braucht so geht auch ich zu den mir, und wenn Ihr von mir noch was wollt, so werde ich meine Verband das erliegen lassen.

Albert Doerr

Es nehmen es niemand übel, wenn er infolge mangelhafter Schulbildung mit der deutschen Sprache nicht fertig wird, aber daß der Sinn dieses Briefes überhaupt möglich ist, davon wegen auch organisierte Kollegen mit schuld, und es ist für jeden Elementar anders entgegenzutreten. Man soll sich aber nicht zu rufen, sich solchen wohlwollenden „Kulturbrüdern“ gegenüber vorzuführen, denn schließlich sollen die alten Gesellen den Schaden zu tragen.

**Stutt.** Die am 25. Mai stattgehabene Mitgliederversammlung beschloß sich im ersten Punkt mit der Verabschiedung der Tagesordnung. Nach Bekanntmachung der Tagesordnung, der Generalversammlung legte eine lebhafte Diskussion vor. In dieser besprachen Mitglieder an der Rede die Tagesordnung, die zum Ausdruck, daß die ausgefallene Tagesordnung, die die Kollegen, was man von ihr erwartet habe, nicht erfüllt hat. Bei der Kollegenchaft Befriedigung über die Tagesordnung und die in der Tagesordnung, die besprochen werden. Die Tagesordnung, die in einer Forderung

auf Umstellung der Tagesordnung, wozu noch ein besonderer Antrag zur Abstimmung kam. Zu Punkt 1 nahm die Kollegenchaft Stellung zur Schreibweise unseres Verbandsorgans „Der Maler“. Den Kollegen mißfiel hiebei die einseitige, politische Schreibweise, die des öfteren im „Maler“ zu bemerken sei. Die Kollegen sind vielmehr der Ansicht, daß im Interesse der Gesamtbewegung diese zu unterlassen sei und beiden Teilen der politischen Richtungen, die nun einmal auch bei uns vorhanden sind, im weitesten Maße Rechnung getragen wird. Auch hierzu liegt ein Antrag für die Generalversammlung vor. Es wurde ferner noch Stellung genommen zu dem Ueberhandnehmen ungelerner Arbeiter in unserm Gewerbe. Auch hierüber entspann sich eine rege Aussprache, in der die Meinungen dahin gehen, alle Maßnahmen zu treffen, diesen Unfug auszumergen, wenn nicht ganz zu beseitigen. Mit Recht wendet sich die Kollegenchaft gegen die Heranziehung von Streikbrechern, die sich zum großen Teil in diesen ungelerten Arbeitern unseres Gewerbes verkörpern. Des weiteren wurden auch von einigen Kollegen die langfristigen Lohnabkommen bemängelt, und darauf hingewiesen, auch dieser Frage die nötige Beachtung zu schenken.

Nachschrift: Gelegenheit zur Aussprache über die uns interessierenden wirtschaftlichen Fragen ist auf der Generalversammlung schon allein beim Bericht des Hauptvorstandes in weitem Maße vorhanden. — In unserm „Maler“ werden alle Arbeiterparteien gleichmäßig behandelt. Wer aber uns und die Gewerkschaften bekämpft und herabwürdigt, deren Aktionen systematisch stört und sogar den Reaktionsären Wahlhilfe leistet (Hindenburgwahl), muß sich schon gefallen lassen, daß dies gekennzeichnet wird. — Ungelernte Arbeitskräfte werden solange in unsern Beruf hereinkommen, als nicht genügend gelernte vorhanden sind. Diese Leute künstlich zurückweisen, wäre Bünstelei und widerspräche der Solidarität aller Arbeiter. Unsere Aufgabe muß sein, diese Kollegen zu organisieren und dafür zu sorgen, daß sie nicht Lohnrüder werden.

**Freiburg.** Sonnabend, 25., und Sonntag, 26. April, beging die Filiale Freiburg mit ihren beiden Zahlstellen Müllheim und Emmendingen das vierzigjährige Jubiläum des Verbandes. In den Sälen des Gewerkschaftshauses fand am Sonnabend abend ein Festessen statt, wobei unsere langjährigen Mitglieder, die dem Verbands in ruhiger wie stürmischer Zeit treu zur Seite standen, durch eine Ehrenurkunde ausgezeichnet wurden. Der Vorsitzende, Kollege Stoll, hielt die Festrede und dankte in markigen Worten den Kollegen für ihre Treue zum Verband mit der Mahnung an die übrige Kollegenchaft, es den Jubilaren gleichzutun. Eine Abteilung des Männergesangsvereins Schlierberg sowie klassische Musikvortrüge gaben dem Festakt ein würdiges Gepräge.

Am Sonntag nachmittag fanden sich die Kollegen mit ihren Familien im Garten der Löwenbräuhalle zusammen, wo unter den fröhlichen Klängen der Sanitätskapelle eine Kinderbelustigung stattfand, an der auch die Alten ihre helle Freude hatten. Abends folgte ein Ball mit Einlagen des Männergesangsvereins Schlierberg, der Akrobatentruppe der freien Turnerschaft, sowie unseres Kollegen Schinzig. Ein Telegramm des Maler- und Tünchermeisterverbandes, Bezirk Freiburg, brachte Grüße und Glückwünsche der Arbeitgeber zum vierzigjährigen Jubiläum des Verbandes, die durch den Obermeister und einige andere Herren auf dem Feste vertreten waren. Sämtliche Veranstaltungen nahmen einen gelungenen und schönen Verlauf und kann die Freiburger Kollegenchaft mit Genugtuung auf das vierzigjährige Jubiläum zurückblicken.

**Gießen.** Am 10. Juni haben in Frankfurt a. M. Verhandlungen mit dem Schlichter von Hessen, Dr. Bernheim, wegen der Ablehnung die Schiedspruches stattgefunden.

Es wurde dabei folgende rechtsverbindliche Vereinbarung getroffen:

Der Staatskommissar  
— Schlichter — Darmstadt, den 11. Juni 1925.  
für Hessen.

Ab 6. Juni 1925 wird ein Tarifstundenlohn für Gehilfen über 20 Jahre in Höhe von 88 J gezahlt.

Die übrigen Löhne errechnen sich entsprechend.

In Zukunft wird ein Lohnsatz gezahlt, der in der Mitte zwischen dem für Buchbach und Marburg durch das Haupttarifamt jeweils festgesetzten endgültigen Lohnsatz liegt.

Bei Bruchteilen von Pfennigen wird 0,5 J und event. darüber nach oben und unter 0,5 J nach unten abgerundet.

Dieses Lohnabkommen gilt bis auf weiteres und ist mit vierwöchiger Frist, erstmalig am 2. Januar 1926, auf Monatsende kündbar.

Damit ist nun seit März die zweite Lohnerhöhung entschieden, und in Zukunft wird der Lohn für Gießen durch das Haupttarifamt geregelt, so daß sich örtliche Lohnregelungen nachträglich erübrigen. Dieses Resultat konnte nur dadurch erzielt werden, daß die Gießener Kollegen fast reiflos organisiert sind. Die Kollegen werden nun einsehen, daß eine gesichlossene Organisation viel erreichen kann. In Zukunft müssen wir erst recht auf dem Posten sein, da neue Verhandlungen vor der Tür stehen.

**Hamburg.** Betriebsunfall. Am 11. Juni stürzten die Maler Wilhelm Raschinski und Walter Schilling, die beide auf der Werft von Blohm & Voß beschäftigt waren, von einem Hängegerüst ab. R. erlitt schwere innere Verletzungen, Sch. ist infolge des Unfalles gestorben. Die von uns oftmals kritisierte Arbeitsweise bei Blohm & Voß hat abermals ein Menschenleben gefordert und namenloses Unglück über die betreffende Familie gebracht. Beide Kollegen waren unorganisiert.

**Mannheim.** Am 17. Mai beging unsere Filiale in den Sälen des Ballhauses die vierzigjährige Verbandsjubiläumfeier. Trotz der vielen sonstigen Veranstaltungen war der Saal überfüllt. Es waren ja auch keine Kosten gespart, um diesen Tag denkwürdig zu begehen. Die Eintrittskarten sind ein künstlerischer Entwurf des Kollegen A. Maus jun., das Programm war äußerst reichhaltig und lieferte auch in qualitativer Hinsicht vollst. befriedigend. Die Volkshochschule erfreute durch ihre herrlichen Chöre und die Freie Turnerschaft durch vorzügliche, erdte Darbietungen. Besonders beachtenswert fanden die humoristischen Vorträge des Kollegen Paul Schmitt. Die Festrede hielt der Bezirksleiter, Kollege Fuß; er wies auf die Geschichte und Ent-

wicklung unserer Organisation hin, auf die vielen namentlich auch im Mannheim-Ludwigshafener Industriebezirk, sowie auf die außerordentlich beachtenswerten Erfolge der Gesamtorganisation im Laufe dieser 40 Jahre. Kollege Fuß brachte in Erinnerung, daß gerade in Saale im Jahre 1910 die Arbeitgeber im Malergewerbe eine Versammlung abhielten, die den Auftakt zur Aussperrung im Jahre 1913 bildete. Redner appellierte die Kollegen, immerdar treu zur Organisation zu sein und ermahnte auch besonders die jungen Kollegen, deren und namentlich den Jubilaren nachzusehen, daß auch einmal in der Lage seien, etwa entstehende Schwierigkeiten auszufüllen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß Redner seine vorzüglichen Ausführungen. Hierauf wurde die Diplome an die 8 Jubilare unter dankender Anerkennung ihrer Tätigkeit für die Organisation überreicht. Die Nachmittagsveranstaltung schloß sich abends ein, bei der die Kollegen und deren Angehörige bis in die frühen Morgenstunden beisammenhielt. Der harmonische Verlauf dieser Veranstaltung hat allgemeine Befriedigung hervorgerufen und verbend für die Organisation gewirkt.

**Neumünster.** Unsere Filiale hatte zum 5. Juni, eine Agitationsversammlung einberufen, an der viele Kollegen und ein großer Teil der Lehrlinge, mit ihren Eltern, teilnahmen. Der Bezirksleiter, Kollege Buch, hielt einen Vortrag über das Thema: „Kampflust“. Ausgehend von dem Dichtermot im Wilhelmshafen: „Nur der erwirbt sich Freiheit und das Leben, der sie erobern muß“, verstand es der Redner, in vorzüglicher Weise darzustellen, daß der Klassenkampf kein Kampf eisernen Waffen, sondern, wenn er den Arbeitern dauerhafte Erfolge sichern soll, nur ein solcher mit den Waffen Geistes sein könnte und sein mußte. Diese Kampfmethode, besonders auch unsern Verband vorwärtsgebracht haben. Streifen einiger geschichtlicher Momente, wie der jahrelang aufrechterhaltenen Koalitionsverbote und des Streikgesetzes zeigte unsern Kollegen, in welcher Stellung sich unsere moderne Gewerkschaftsbewegung ihren Anfängen befand und ließ in manchem Kollegen Entschluß reifen, auch weiter seiner Organisation die Treue zu halten und sich mit der ganzen Kraft für die Arbeit derselben einzusetzen. Der anderthalbstündige Vortrag, dem auch die heute noch üblichen Witzelzüge der Unterhaltung zur Niederhaltung der Arbeiterschaft einer scharfen Kritik unterzogen wurden, wurde mit Beifall belohnt. Der Vortrag hatte den Erfolg, daß 8 Aufnahmen gemacht wurden, kräftige Mitarbeit und treues Zusammenhalten bei uns der Verwirklichung unserer Ziele näher.

**Nordhausen.** (Berufsunfall.) Am 4. März stürzte der Kollege Henneberg beim Streichen der Fassade von einer Anlegeleiter aus beträchtlicher Höhe. Er war der elektrischen Starkstromleitung zu nahe gekommen und der Absturz erfolgte durch das eingeleitete Erdschließen. Obwohl sich die Ausschaltvorrichtung in selber Hause befand, war der Strom nicht ausgefallen. Der Unfall ereignete sich in Veimbach auf einem Bau. Der Verunglückte mußte in das Krankenhaus überführt werden; ob Brüche oder Verstauchungen erfolgt sind, ist noch nicht festgestellt worden. Immer wieder muß unsere Kollegen die Mahnung gerichtet werden, die Maßnahmen für Leben und Gesundheit bei der Arbeit erster Linie im Auge zu behalten.

**Schwefelsfurt.** Recht eigenartige Verhältnisse herrschen am hiesigen Orte. Durch das rückständige Verhalten der Meister sind die ortsanfässigen Gehilfen schon vor Jahren förmlich in die Fabriken gejagt worden. Es sind dort die erstklassigen Arbeiter darunter, die dadurch dem Verbands verloren gingen. Als weitere unangenehme Begleiterscheinung trat eine Verschlechterung des Organisationsverhältnisses zu, denn die Arbeitskräfte, die nun herangezogen werden, sind zum größten Teil gar nicht, zum geringeren Teil im Baugewerksbund organisiert. Das eine hatten sie dings gemeinsam: sie arbeiteten monatelang um den niedrigeren Maurerlohn und zum Teil sogar noch niedriger. Organisatorisch sind sie schon deswegen sehr schwer zu bewegen, diese Kollegen dem Verbands zuzuführen und Orte Remedur zu schaffen, fehl. Die Meister nützen den Zustand für sich aus. Bei den scharfen Auseinandersetzungen zwischen unserm Bezirksleiter und dem Vorsitzenden dieser Gruppe erklärte dieser zynisch: Wir bezahlen den Malerlohn, wenn dieser niedriger ist, und den Maurerlohn, wenn der Maurerlohn höher ist. In jüngster Zeit zeigen sich einige Anzeichen der Besserung und es ist zu hoffen, daß neuerdings eingeleiteten Maßnahmen zum gewünschten Erfolg führen.

**Trier.** Hier kam es wegen Lohnendifferenzen zu einem Streik in den Maler- und Anstreicherbetrieben. Lohnabkommen für das rheinisch-westfälische Gebiet ist in letzter Zeit von den Arbeitgebern nur mangelhaft erfüllt. Infolge der unzureichenden Löhne stellten die Gehilfen Lohnforderungen, die jedoch von den Arbeitgebern nicht beachtet wurden. Die Kollegen legten hierauf Arbeit nieder. Inzwischen wurden für das rheinisch-westfälische Gebiet neue Löhne festgesetzt, wodurch der Streik am 15. Mai an auf 1. Juni und vom 1. Juni auf 1.05 J erhöht wurde. Nachdem sich die Arbeitgeber bereit erklärt hatten, in Zukunft die tariflichen Lohnforderungen einzuhalten, nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Wir werden nun abwarten, ob bei den nächsten Lohnverhandlungen für das rheinisch-westfälische Gebiet die Versprechungen des Herrn Obermeisters Trierer Janung, wonach die Löhnerungsverhältnisse Trierer bei den nächsten Lohnverhandlungen besonders berücksichtigen sind, eingehalten werden. Andererseits aber auch die Trierer Kollegen den Verband mehr als bisher ausbauen und die Unorganisierten der Organisation zuführen. Nur dann kann unsern berechtigten Forderungen der notwendige Nachdruck verliehen werden.

**Würzburg.** Am 23. Mai fand in unserer Filiale Friedrichshausen zum erstenmale eine allgemeine Versammlung statt, in der unser Bezirksleiter Kollege über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation sprach. Die Kollegen sind unserm Rufe gefolgt und haben den äußerst sachlichen Ausführungen des Red-

lich befriedigt, so daß wir mit dem Ergebnis zufrieden können. — Am 24. Mai wurde das nahe Heßlings- d einer gründlichen Hausagitation unterzogen, die von gutem Erfolg war und die Kollegen restlos der Organi- zuzuführte.

Die Firma Kraß in Würzburg hatte in diesem Jahr den nicht mehr ganz neuen Trick angewandt, sich unterschriftliche Verzichtserklärung billige Arbeitskräfte sichern. Sie war so erbaut von der Brauchbarkeit dieses Trick, daß sie sich um den Gebrauchsmusterschutz bewerben ließ. Da bekam die Verbandsleitung von der Sache Wind verlagte Herrn Kraß beim Arbeitsgericht. Der Erfolg wie zu erwarten: Die Firma mußte zahlen und will die Zukunft den Tarifvertrag respektieren. Herr Kraß nun mit uns der Meinung, daß drei Jahre Lehre und erste Gehilfenjahr Ausbildungszeit genug sind, und daß r Gehilfe den ihm zustehenden Lohn erhalten soll.

### Bewerkschaftliches.

**Wierzig Jahre Organisation der Bäcker und Konditoren.** Nachdem schon seit Jahren in Lokalvereinen und derichastlichen gewerkschaftliche Forderungen propagiert en, wurde am 6. Juni 1885 in Berlin der Bäcker- and auf freigewerkschaftlicher Grundlage errichtet. Organisation hatte schwer zu kämpfen; denn es fchten in dem Verufe schauerhafte Arbeits- und Lohn- ämisse. Dauernde Nacht- und Sonntagsarbeit bei un- icht langer Arbeitszeit und einer unwürdigen Behand- richteten unter den Berufsbeschäftigten eine schredliche wüstung an Geist und Gesundheit an. Die Organisa- ist längst aus ihrem engen Berufsrahmen heraus- eten. Sie vereinigt heute die Arbeiterchaft in der l und Zucker verarbeitenden Industrie und führt jetzt Namen: Deutscher Nahrungs- und Genuss- telarbeiter-Verband. Ihre Erfolge auf schaftlichem und sozialem Gebiete sind groß. Für die er und Konditoren ist seit 10 Jahren gesetzlich die- und Sonntagsarbeit verboten; in Tarifverträgen die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte koladen-, Zuckerwaren- und Teigwarenindustrie allge- verbindlich geregelt und der Achtstundentag gesichert; den Bäckereien und Konditoreien arbeiten 75 % aller äftigtigen zu Tarifbedingungen. Der Kost- und Logis- im Hause des Unternehmers ist beseitigt und das bestimmungsrecht der Berufsangehörigen durch ihre wirt- schaftliche Interessenvertretung — der gewerkschaftlichen auantion — gesichert. Das Wirken der Organisation weit über den engen Berufskreis hinaus. Die immer er erhobenen Forderungen auf Veseitigung der Be- ämisse lagen im Interesse der Allgemeinheit der Konsumumenten. Und in diesem Bestreben wurde sie tat- lig von der organisierten Arbeiterchaft bei ihren wirt- schen Kämpfen unterstützt. Heute ist der deutsche igungs- und Genussmittelarbeiterverband ein starkes t in der Reihe der allgemeinen Arbeiterbewegung. Er , daß je mehr die wirtschaftliche Machtstellung des talismus bedrängt wird, um so schärfer werden sich die pfe zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum gen. Die Stärke der Organisation liegt in der ge- enen Zusammenarbeit aller Berufsangehörigen. — zu angefertigte illustrierte Festnummer des Ver- desorgans „Einigkeit“ ist zu dem Jubiläum heraus- en. Wir wünschen dem Verband ferneres Blühen Gedeihen!

**Was ist der „Stahlhelm“?** Wenn auch die Ver- älligungen des berühmten „Stahlhelmbundes“ die Zahl der Mitglieder und Sympathisierenden aus tierkreisen nichts als Nennzahlen sind, schon scheint es tatächlich „Arbeiter“ zu geben, denen die Gewerkschaft enen Kreisen nicht gar zu anrühlich ist. Um zu seiner en Verbreitung beizutragen, geben wir gern folgen- e Befehl bekannt, der in Halle a. d. S. bei dem Streik- Strakenbahner an die Mitglieder herausgegeben wurde. Zeitdokument lautet wörtlich:

Auf Befehl der Ortsgruppe sollen sämtliche Straken- hner, soweit sie Stahlhelmer sind, sich noch heute bei r Direktion der Strakenbahn zum Dienstantritt melden, ernerfalls fristlose Entlassung vom Magistrat und der utschluß aus dem Stahlhelm stattfindet.

Ein Kommentar würde die Wirkung dieses in über- asernenhofen abgefassten „Befehls“ abschwächen. obige Frage aber ist dahin zu beantworten: Der „Stahlhelm“ ist eine Streikbruchorganisation!

**Eine Generalausperrung sämtlicher organisierten arbeiter Deutschlands** soll nach dem Machtpruch des erteigerverbandes der deutschen Holz- utrie am 13. Juni perfekt werden. Es unsere en in der Möbelindustrie in ziemlich großer Anzahl rch in Mitleidenschaft gezogen werden, seien hier die ren Ursachen in Kürze dargestellt. Im Jahre 1920 n die örtlichen Tarifverträge in der Holzindustrie zu Reichstarifvertrag ausgebaut worden. Aber schon im e 1921 verlangte der „Arbeitgeberverband“ mit ieihe anderer Unternehmervereinigungen an Stelle entralen Lohnregelung für das ganze Reich eine be- ichtliche Festsetzung der Löhne. Die Holzarbeiter ginan diesen Vorschlag ein, und nach verschiedenen Kämpfen e dann der für allgemeinverbindlich erklärte Reichs- ertarif durchgeführt werden. Als dieser Vertrag im ar 1924 abgelaufen war, wurde ein neuer Manteltarif chlossen, der aber nicht die Zustimmung der Arbeitgeber- nder fand. Damit war die reichstarifliche Regelung in Holzindustrie zum Scheitern gekommen. Der Holz- erteverband setzte nun in teilweise recht heftigen Kämpfen on den Unternehmern abgelehnten Manteltarif in ezigiren durch. Neben diesen bezirklischen Lohnabkommen, igt ausschließlich bis zum 15. Februar nächsten Jahres n, wurde eine ganze Anzahl kurzfristiger Lohn- ahmen abgeschlossen. — Jetzt haben die Unternehmer nder wieder ihre Auffassung geändert und beschlossen, entrale Lohnregelung vorzunehmen. Der tiefere Grund iese neue Aktion ist die e r a b s e t z u n g d e r L ö h n e . Hoffi, den Arbeitern niedrigere Löhne oktroyieren

zu können, wenn man sämtliche 20 Bezirkslohnabkommen auf einmal kündigt und die Arbeitnehmer so unter einem ziemlich starken Druck hält. So ist in der Generalversammlung vom 18. Mai der Kriegsplan beschlossen worden. Die Spitzenlöhne wurden genau umgrenzt, so daß die Vertreter mit einer gebundenen Marschroute zu den Verhandlungen mit den Arbeitern gingen. Sie wurden verpflichtet, die Vespredungen abzubereiten, falls das von der Generalversamm- lung festgesetzte Lohnniveau nicht zu halten war. Als später die eigentlichen Verhandlungen zwischen den Zentralvorstän- den beginnen sollten, verzichteten die Unternehmer. Ihr vorher festgesetzter Kriegsplan verpflichtete sie zu diesem Wohlw. Gegen ihre Absicht, die bezirklische Lohnregelung durch die zentrale zu ersetzen, haben die Arbeitnehmer- orteiter nie eine grundsätzliche Einwendung erhoben; aber sie forderten vor dieser Neuregelung eine Abänderung der Bezirksverträge. Die Unternehmer wollten diese Verträge jedoch nicht auf dem Wege der Verhandlungen, sondern aus eigener Machtvollkommenheit zu ihren Gunsten abändern

**Die freie Meinung.**

Man sagt mit Recht, daß jeder seine Meinung frei äußern soll. Bejahung und Verneinung, Sie hängen ab von Grund und Gegengrund, Wird dies gepflegt, dann wird in jedem Bund Ein reger Geistesausstausch sich gestalten, Wodurch sich alle Kräfte gut entfalten . . .

und beantworteten den Vorschlag der Arbeitnehmer mit dem Aussperrungsbeschlus.

Dieser Beschluß bedeutet einen glatten Vertrags- bruch. Die Bezirksverträge verpflichten die Parteien, erst alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, ehe Kampf- maßnahmen durchgeführt werden. Was kümmern sich aber die Unternehmer um Verträge. Ihnen kommt es jetzt dar- auf an, die „Produktion“ zu verbilligen, um auf diese Weise „die Kaufkraft des Volkes zu vergrößern“. Das ist nach ihrer Ansicht nur durch Herabsetzung der Löhne erreichbar. Daß eine Verbesserung der technischen Betriebsmittel pro- duktivverbilligend wirken könnte, kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. Ein höherer Absatz aber soll unter allen Um- ständen erreicht werden, und darum predigt man den Ar- beitern tagaus tagein, daß sie die deutsche Wirtschaft wieder zur Höhe emporführen können, wenn sie nicht 8, sondern 10 Stunden arbeiten und sich mit einer Kürzung ihrer Löhne um 10 % einverstanden erklären.

Die Industriellen des Rheinlandes haben den ersten Vorstoß in der Richtung des Lohnabbaues unternommen. Der Arbeitgeberverband der Holzindustrie soll ihnen jetzt folgen. Wenn auch er nicht zum Ziel kommt, werden die Arbeit- geberverbände nicht davor zurückschrecken, noch größere Massen der deutschen Arbeitnehmer auf die Straße zu werfen und dem Glend preiszugeben. Je größer der Hunger und je größer die Not, so denken die Arbeitgeber, um so größer wird die Bereitschaft der Arbeiter sein, zu noch niedrigeren Löhnen zu arbeiten. Vielleicht irren sie sich doch! Die deutschen Arbeiter sind gerüstet. Sie dürften den Kampf um eine menschenwürdige Existenz aufnehmen und alle Kraft daransetzen, daß die Kriegs- und Inflationsgewinnler nicht weiter auf Kosten der Arbeitskraft des Volkes und der deutschen Volkswirtschaft ihren Profit vergrößern.

**Der christliche Zentralverband der Landarbeiter in einer Front mit den landwirtschaftlichen Arbeitgebern gegen die Auslösung der Tenos.** Nachdem die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen den maßgebenden Instanzen des Reiches und den Fraktionen des Reichstages eine be- gründete Eingabe unterbreitet haben, in der die Auf- lösung der Technischen Nothilfe gefordert wird, wendet sich jetzt der christliche Landarbeiterverband mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der er sich gegen diese, auch von den christlichen Gewerkschaften zum Ausdruck gebrachte Auffassung wendet. „Er glaubt insbesondere nicht, daß bereits eine Veruhigung des Wirtschaftslebens in dem Maße eingetreten ist, daß größere Erschütterungen für die Zukunft nicht mehr befürchtet werden müssen. Ebensovienig glaubt der Zentralverband der Landarbeiter, daß in den maßgebenden Kreisen das notwendige Verantwortungsgesühl vor- handen ist, um das Volkswohl über taktische und materielle Interessen zu stellen.“ Die am Gängelband der Deutsch- nationalen Partei hängende Zeitung dieses Verbandes findet es aber doch für nötig, seinem offenen Verrat an den Arbeiterinteressen ein Mantelchen umhängen zu müssen, indem sie verschämt hinzufügt: „Die Technische Nothilfe darf allerdings nicht unwillkürlich eingesezt und als eine Ein- richtung angesehen werden, die bei wirtschaftlichen Kämpfen zugunsten einer Partei Verwendung findet. Es muß Ge- währ gegeben werden, daß es sich wirklich nur um eine Nothilfe handelt.“ Das zeigt doch, daß dieser christliche Landarbeiterverband selbst schon Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht hat. Wenn er sich trotzdem in offenen Wigerspruch zu seiner Spitzeorganisation stellt, so hat diese, der Deutsche Gewerkschafts- bund, alle Veranlassung, zu diesem unerhörten Disziplin- bruch Stellung zu nehmen, wenn er selbst ernst genommen werden will. Dem Kampf gegen die Tenos können diese Auslassungen nichts anhaben.

### Genossenschaftliches.

**Der Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.** die ihre ordentliche General- versammlung am 18. Juni 1925 in Stettin abhält, gewährt äußere lehrreiche Einblicke in den Produktionszug eines modernen Großunternehmens und auf die Auswirkungen der Industriekrise auf das Unternehmen. Der Abschluß weist eine Bilanzsumme in Höhe von rund 15 Millionen Reichsmark auf. Daraus ergibt sich ein Reingewinn von 1,8 Millionen, der nach Abzug von 5 % Zinsen auf das Stammkapital (5 Millionen Reichsmark ohne Reserven) mit

ungefähr 1,8 Millionen Mark auf die verschiedenen Fonds (Reservefonds, Produktionsfonds, Dispositionsfonds usw.) verteilt wird. An Personal beschäftigte die GEG. 3598 Per- sionen. Also ungefähr 612 Personen mehr als im Jahre 1923. Davon waren 1916 männlich und 1683 weiblich. Die Beschäftigten verteilten sich mit 1200 Personen auf das Handelsgeschäft und mit 2398 Personen auf die Eigen- produktion. An Gehältern und Löhnen wurden im Jahre 1924 rund 5,7 Goldmillionen gezahlt. Pensionen und Unter- stützungen erforderten circa 35 000 Goldmark. Die Bei- träge zur Sozialversicherung rund 560 000 Goldmark und die Steuern circa 1,7 Millionen Goldmark. Diese Beträge stellen für ein Arbeiterunternehmen recht ansehnliche Leistungen dar.

Wenn man in den Konsumgenossenschaften und ihren Dachunternehmungen, wie sie durch die GEG. dargestellt werden, Wegbereiter des Sozialismus sieht, interessiert wohl am meisten die Frage, wie die Eigenbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft während des Jahres 1924 ge- arbeitet haben. Beschäftigt waren in den Betrieben der GEG. wie bereits oben bemerkt, am Schlusse des Jahres 1924 insgesamt 2338 Personen. Dazu kommen noch 121 Heimarbeiter. Der Gesamtumsatz der GEG.-Betriebe betrug im Jahre 1924 26 298 325 Reichsmark. Davon entfielen auf die Tabakfabriken (Zigarrenfabrik in Hamburg, Hohenheim, Frankenberg, Rauchtabak- fabriken Hamburg und Burgsteinfurt, Kautabak- fabrik Nordhausen, Zigarettenfabrik Stuttgart) 4 868 172 Reichsmark, auf die Seifenfabrik Gröba 5 800 539 RM., auf die Seifenfabrik Düsseldorf 2 264 102 RM., auf die chemische Fabrik Gröba 705 877 RM., auf die Bündholzfabriken Lauenburg und Gröba 1 176 495 RM., auf die Weberei und Kon- fektion Oppach 809 035 RM., auf die Kleiderfabrik Seiffenhersdorf und Waffschneiderei Dresden 1 441 174 Reichsmark, auf die Weberei Leupoldsgrün 497 686 Reichsmark, auf die Riffenfabrik und das Sägewerk Gröba 468 720 RM., auf die Holz- industrie Dortmund 443 520 RM., auf die Württen- fabrik Schönheide 567 000 RM., auf die Fleisch- industrie Altona 1 900 544 RM., auf die Fischindu- strie Altona 1 895 887 RM., auf die Teigwarenfabrik Gröba 2 254 236 RM., auf die Nahrungsmittelfabrik Magdeburg 529 250 RM., auf die Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik Altona 914 138 RM., auf die M o s t r i c h f a b r i k Chemnitz 815 857 und auf die Malz- kaffeeabrik Chemnitz 738 503 RM.

Der Geschäftsgang der Betriebe hat selbstverständlich unter der Industriekrise außerordentlich gelitten. So mußte in den Bündholzfabriken nach der anfänglichen Belebung der Wirtschaft durch die Rentenmark im Frühling 1924 bald auf Lager gearbeitet werden. Die Stodung des Ab- sates führte dahin, daß die Fabriken in Lauenburg und Gröba vom 7. August bis 17. September 1924 stillgelegt werden mußten. Auch die Weberei in Leupoldsgrün hatte einen wenig erfreulichen Geschäftsgang. In der zweiten Hälfte des Jahres 1924 war der Betrieb zeitweise nur zur Hälfte bei Vstündiger Arbeitszeit der Woche aufrechtzuer- halten. Von den 66 Webstühlen befinden sich auch zur Zeit nur 40 bei verkürzter Arbeitszeit im Gang. Auch die Teig- warenfabrik in Gröba war vorübergehend zur Kurzarbeit gezwungen. Die Stodungen sind Auswirkungen der all- gemeinen Krise, die sich ja besonders Mitte 1924 als aus- gesprochenere Abschwäche geltend machte. Die Lage wurde für die GEG.-Betriebe dadurch verschärft, daß der Absatz durch die riesenhafte Melame auf dem Markt, die von gewissen Massenartikelfabrikanten gemacht wird, äußerst gehemmt wurde. Das gilt besonders für den Absatz von Seife und Wadpulver, mit dessen Herstellung sich seit De- zember 1923 besonders die Nahrungsmittelfabrik Magdeburg beschäftigt.

Selbstverständlich konnte der Absatz gegenüber dem letzten Inflationsjahr, 1923, ganz bedeutend gesteigert werden.

Die im Jahre 1924 erzielten Mehrumsätze dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Umsatzziffern des Jahres 1913 lange noch nicht erreicht worden sind. So wurde in den Zigarrenfabriken (Umsatz 1924 gleich 19376 Tille) vor dem Kriege bereits ein Umsatz von 50 000 Tille erzielt. Die Fabriken können in Wirklichkeit viermal soviel leisten, als im Jahre 1924 umgesetzt werden konnte. Die Rauchtabakfabriken sind in stände, doppelt soviel zu produzieren als im Jahre 1924, und in der Kautabakfabrik wurden 1916 bereits 180 000 Pfund her- gestellt; das ist das Doppelte des letzten Jahresumsatzes. Es ergibt sich also die Tatsache, daß die Betriebe nur zum Teil ausgenutzt werden können. Ähnlich liegt es in der Seifenfabrikation. Die Seifenfabriken in Gröba und Düsseldorf setzten 1924 8,5 Millionen Kilogramm um. Die Leistungsfähigkeit beträgt aber 30 Millionen Kilo- gramm und im Jahre 1913 erzielte die Fabrik in Gröba allein einen Umsatz von 13 Millionen Kilogramm. Ein weiteres Beispiel für die Nichtausnutzung der Produktions- fähigkeit bietet die Weberei Leupoldsgrün. In dieser Weberei werden Scheuertücher hergestellt. Der Umsatz be- trug 1924 rund 1 090 209 Stück gegenüber 2 199 984 Stück.

Selbstverständlich ist die Tatsache der Nichtausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit mit auf die allgemeine In- dustriekrise zurückzuführen. Es wäre aber anders, wenn der Konsumgenossenschaftliche Gedanke bei jedem Einkauf volle Würdigung erfahren würde. Die Produktionszahlen der GEG. beweisen, daß das heute leider noch nicht der Fall ist. Durch den Konsumgenossenschaftlichen Gedanken sollen große Preisregulatoren geschaffen werden, die sich in vielen Wirtschaftszweigen auf die Eigenproduktion der Betriebe der GEG. stellen eine Verwirklichung dieses Ge- dankens dar. Deshalb ist es unsere Pflicht, gute Konsum- genossenschaftler zu werden und zu sein.

**„Selbsthilfe“, Feuer- und Sachversicherungs-Aktien- gesellschaft.** Unter diesem Namen wurde am 27. Mai in Hamburg eine Versicherungsgesellschaft gegründet, deren Sitz Hamburg 5, Beim Strohhause 38, ist, und deren Stamm- kapital 3 Millionen Reichsmark beträgt. Der Gesellschafts- vertrag für das Unternehmen wurde genehmigt. In den Aufsichtsrat wurden von den Gründern gewählt die Herren

H. Leipart, Vorsitzender, G. Schmidt, Dr. Bachem, A. Mirus, Schriftführer (sämtlich in Berlin), B. Hoffmann, Stellvertreter Vorsitzender, G. Berger, M. Mendel (sämtlich in Hamburg), A. Henze (Lübeck), stellvertretender Schriftführer. Der Aufsichtsrat wählte in den Vorstand die Herren S. Kaufmann, G. Pöhlmann, A. Rasch, S. Lorenz, F. Pacyrow, O. Creime, F. Lesche, H. Junger (sämtlich in Hamburg).

### Gewerbe- und soziale Hygiene.

**Psychische Unfallursachen und psychologische Unfallbekämpfung.** Ueber die Psychologie der Unfälle und der Unfallverhütung hielt Dr. Otto Lipmann, Vorstand des Berliner Instituts für angewandte Psychologie auf dem letzten ordentlichen Versammlungsabend einen interessanten Vortrag. Für viele Unfälle, führt Lipmann aus, liegt die Ursache nicht nur im Versagen der Schutzvorrichtung, sondern auch in dem Umstand, daß das Versagen dem Arbeiter nicht bemerkt wird oder gar die Schutzvorrichtung eigenmächtig außer Funktion gesetzt wird. Von beiden Autoren wird die Anzahl der psychologischen Unfallursachen auf 80 bis 90 % geschätzt. Mangel an Berufsbildung, an technischer Fertigkeit, an gutem Gesicht und Gehör, an Geistesgegenwart sind ebenso psychische Unfallursachen wie die Sorglosigkeit, die sogenannte „Gefahrblindheit“, der Mangel an Aufmerksamkeit, die psychischen Wirkungen der Temperatur und Beleuchtung. Eine besonders große Rolle spielt unter den psychischen Unfallursachen die Ermüdung. Goldmann und Gophins fanden, daß bei einem Dreischichtsystem, bei dem die tägliche Arbeitsdauer eines Arbeiters nur 8 Stunden beträgt, gegenüber dem Zweischichtsystem mit je zehnstündiger Arbeitsdauer das Unfallrisiko herabgesetzt ist. Da der Akkordlohn im Vergleich mit dem Zeitlohn in der Tat geeignet erscheint, das Tempo der Arbeit zu erhöhen, so scheint es aus theoretischen Gründen gerechtfertigt zu sein, im Stücklohnsystem eine Unfallgefahr zu sehen. Manche Erfahrungen sprechen aber dafür, daß das Stücklohnsystem nur dann ein Anreiz für zu hastiges Arbeiten ist, wenn die Lohnsätze zu niedrig gehalten sind. Sind die Lohnsätze ausreichend, so vermeidet der Arbeiter hastiges Arbeiten schon deshalb, um nicht eine Herabsetzung der Lohnsätze zu provozieren. In demselben Sinne wie die Ermüdung wirkt die Unterernährung, die von einigen Gewerbeaufsichtsbeamten als Grund für vermehrtes Unfallrisiko angeführt wird. Sie macht gleichgültiger gegen Unfallgefahren und beschleunigt das Entstehen von Müdigkeit. Da die Unfallgefahr psychisch bedingt ist, muß auch die Unfallverhütung psychologisch orientiert sein. Die psychologischen Methoden sind nicht überall und nicht immer anwendbar. Die besten psychischen Einrichtungen können einmal versagen: ein Geländer, das beim Anlehnen bricht, ist gefährlicher als das Fehlen eines Geländers überhaupt. Psychologisch betrachtet, gruppiert sich das ganze Problemgebiet der Unfallverhütung um die Frage der Aufmerksamkeit. Es gibt eine Reihe von Berufen, in denen Personen, die nicht in ständiger Aufmerksamkeitsanspannung sind, immerfort Gefahr laufen, sich selbst oder andere Personen Unfälle zuzuziehen. Da die wichtigste Bedingung, die ein fehlerfreies Verhalten der Aufmerksamkeit verhindert, die Ermüdung ist, ist nach Lipmanns Ansicht jedes Mittel, das eine übermäßige Ermüdung des Arbeiters hindert, auch ein indirektes Mittel der Unfallbekämpfung.

### Arbeiterversicherung.

**Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten.** Eine alte Forderung der Gewerkschaften wurde jetzt endlich durch Verordnung vom 12. Mai auf Grund des § 547 der Reichsversicherungsordnung mit Zustimmung des Reichsrates verfügt. Die Verordnung tritt am 1. Juli 1925 in Kraft. Vorgezogen sind jetzt: Die Erkrankungen durch Blei, Phosphor, Quecksilber, Arsen, Benzol, Schwefelkohlenstoff, Hautkrebs durch Ruß, Paraffin, Teer, Koch usw., Grauer Star bei Glasmachern, Röntgenstrahlenkrankung, Wurmtuberkulose der Bergleute, Schneeberger Lungenerkrankung (Erzbergbau Sachsen). Damit wird einem längst fälligen Bedürfnis der Arbeiter, Ärzte und Krankenkassen Rechnung getragen, und es wird eine dringende Aufgabe der Gewerkschaften sein, nicht zu ruhen, bis diese Verordnung eine weitere Ausdehnung auf alle Gefahrenzonen der gewerblichen Vergiftungen und Berufskrankheiten erfährt. Es sei hier nur daran erinnert, daß in unserem Vaterland seit den Kriegsjahren und in den Nachkriegsjahren eine Reihe neuer Gesundheitsbedrohungen durch Lösungsmittel und Terpentinerfasser sich bemerkbar machten, die nicht selten zu dauerndem Schaden führen, oder die weitere Ausübung des Berufes unmöglich machen. Hier eingzugreifen und die unglücklichen Opfer der Arbeit nicht ihrem Glanz zu überlassen, darf von den Trägern der Unfallversicherung auf die Dauer nicht verweigert werden, wenn man sich nicht zu einem Verbot aller gesundheitsgefährlichen gewerblichen Gifte aufschwingen kann. Es sei denn, daß sich die Berufsgenossenschaften ohne Rücksicht auf ihre Aufgaben und Pflichten nur in einseitigem Unternehmerinteresse betätigen wollen.

### Fachtechnisches.

**Englische Tapeten für Deutschland.** Wie die Messung des Verkehrs und Exportleistung zeigt, bereitet sich die englische Tapetenindustrie auf eine Umstellung zur Verwirklichung ihrer Absichten auf den deutschen Markt vor. Die Lage der englischen Tapetenindustrie ist zur Zeit ziemlich kritisch. Trotz des umfangreichen Neubaus von Häusern werden Tapeten nicht in der erwarteten Menge verlangt, da man in England inzwischen mehr dazu übergegangen ist, mittels somerisierter Lust die Farbe auf die Wandbände zu spritzen. Der ziemlich kapitalintensive englische Tapetenhandel hat daher den Fabrikanten veranlaßt, sich in immer größerer Weise um den Export zu

kümmern und hat auch für diesen Zweck der Industrie größere Kredite in Aussicht gestellt. Vor einigen Tagen hat in London zwischen Händlern und Fabrikanten eine Konferenz stattgefunden, die sich mit dieser Frage befaßt hat. Hierbei wurden auch der kontinentale Markt und insbesondere Deutschland als ein ausichtsreicher Markt für die englische Tapetenindustrie bezeichnet.

Als Vorbedingung einer wirksamen Aufnahme des englischen Tapetenexports wurde zudem die Forderung eines eigenen Zusammenflusses der Industrie gestellt und in Form eines losen Exportverbandes Nebereinstimmung über die vorzunehmende Exportpolitik und insbesondere über die Preise erzielt. Auf dieser Konferenz wurde eine ziemlich vollständige Sammlung deutscher Tapeten und Muster gezeigt und hierbei festgestellt, daß sowohl Zeichnungen wie Farbe und Trud von der englischen Tapetenindustrie nachgeahmt werden müßten. Seitens der Händler wurde hierbei übereinstimmend der Heberzeugung Ausdruck gegeben, daß diese Tapeten auch auf dem englischen Markt in stärkerem Maße Abnahme finden würden. Die Tapetenindustrie in England ist in den Händen von wenigen Firmen, die die gesamte Produktion kontrollieren, und zwar: John Vine & Sons, Essex Manufacturing Co., Sanderson & Co. und Goslett & Co. — Als Maler sind wir an dieser Angelegenheit nicht ganz unbeteiligt, da das Tapetieren in weiten Gebieten vielfach eine unserer Berufsarbeiten ist. Noch wichtiger ist aber die Tatsache, daß Spritzmaschinen und -apparate in England bereits Eingang auf Neubauten gefunden haben. Nach der Fassung obiger Notiz dürfte es sich jedenfalls um Reimfarbenarbeiten handeln. Wir bitten jedenfalls um Mitteilung, falls auch bei uns Versuche dieser Art stattfinden sollten.

### Vom Ausland.

**Holland.** Unsere Streikbewegung ist noch nicht beendet. Noch immer wird gestreikt im Haag, Groningen, Almelo, Wageningen und Tilburg. Kürzlich hat ein Mitglied des holländischen Parlaments seine Vermittlung angeboten. Wir haben dieses Angebot akzeptiert, die Meisterverbände aber haben abgelehnt. Die Arbeitgeber wollen nun einmal diesen Kampf rastlos zu Ende führen, da sie befürchten, dass wir sonst im kommenden Jahre mit neuen Forderungen kommen würden. Andererseits besteht unter den Meistern eine starke Opposition. Interessant ist, dass beispielsweise den Arbeitgebern im Haag die Kleinmeister aus anderen Städten zu Hilfe eilen; es können aber 30 dieser Leute nicht fertigstellen, was für etwa 1200 Gehilfen vorgesehen ist.

Die streikenden Kollegen stehen noch so fest wie in der ersten Woche. Selbstverständlich stellt dieser Kampf starke Anforderungen an die finanzielle Kraft unseres Verbandes. Trotzdem haben wir zu Pfingsten den kämpfenden Kollegen eine wesentliche Zulage zur laufenden Unterstützung gewährt. Von den Mitgliedern der Filialen, in denen nicht gestreikt wird, fordern wir einen Extrabeitrag von einem Stundenlohn zur Erhöhung der üblichen Unterstützung. Wir nehmen an, dass die Meisterverbände doch bald einer Verständigung den Vorzug geben.

**Dänemark.** Die grosse Aussperrung ist mit einem Erfolge der Arbeiterschaft beendet worden. Näherer Bericht folgt.

### Fachliteratur.

Das vorliegende Heft Nr. 3 des „Fachblattes der Maler“ dürfte den meisten Kollegen sehr gefallen. Die reiche Ausstattung mit einfachen, sehr brauchbaren Motiven für den täglichen Gebrauch: Treppenhäuser und Wohnstube für ein Siedlungshaus, Eckzimmer, Wandfries sowie allerlei Biermotive, bringt überraschend gutes, neuzeitliches Material. Auch die tiefstehenden Aufsätze sind sehr lesenswert. Sie können nicht genug empfohlen und gelesen werden.

Auf den gleichzeitig ausgeschriebenen Wettbewerb wird besonders hingewiesen. Die nicht unwesentlichen Preise berechtigen zu der Hoffnung, daß eine große Beteiligung gute Resultate erzielen wird, wenn nicht das berufliche Interesse, die Liebe zu unserm schönen Handwerk schon ausreichen sollte, um alle Kräfte auszulösen, die in diesem Falle sich unbedingt betätigen müssen.

**Farbige Häuser.** Herausgegeben von M. Bühler und H. Feger. Kunstverlag E. Anselminger & Co., München. Zwanzig farbige Tafeln und 4 Seiten Text. Preis in Umschlag 16,50 M. Das vorliegende Werk bietet eine Fülle dankbarer Anregungen für die praktische Ausführung farbiger Hausanstriche, da besonderer Wert auf die architektonische Gliederung der Bauten in bezug auf ihre farbige Behandlung gelegt ist. Mit Ausnahme vielleicht der in den letzten Jahrzehnten aufgeführten Mietshäuser, die in ihrem, etwas „Gebiegenes“ vorläufigen Zementstucco nicht selten jeden guten Geschmack vermissen lassen, einer geschmackvollen farbigen Behandlung aber auch besondere Schwierigkeiten bieten, findet der aufmerksame Beobachter gute Vorbilder für jeden Häusertyp. Besonders anzuerkennen ist das liebevolle Eingehen auf Klein- und Siedlungshäuser, sowie auf die baulichen Verhältnisse in Klein- und Mittelstädten, wodurch den oft traurigen Straßen und Plätzen eine anheimelnde Harmonie gegeben werden kann. Eine Mischungstabelle unter besonderer Berücksichtigung lichtechter Farben für Öl- und Kalkfarbenanstriche vervollständigt das Werk, dessen Preis in Anbetracht der vorzüglichen Ausführung als durchaus nicht zu hoch bezeichnet werden darf. Von kompetenter Seite aus den Kreisen anerkannter Städtebauer findet das Vorlagenwerk besondere Anerkennung.

### Literarisches.

„Urania“ Monatshefte für Naturerkenntnis und wissenschaftliche Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Das vorliegende 2. Heft (Juni 1925) wird eingeleitet durch wertvolle Untersuchungen E. Schäfers über Darwinismus, Samarat's-

mus und Socialismus und Betrachtungen von Dr. ... über Ethik und Naturwissenschaft. ... Neue Kunde vorgeschichtlicher ... Urania ...

### Bekanntmachung.

### Revision des allgemeinen Lohnabkommens

Nach dem am 24. Februar bis zum 30. September abgeschlossenen zentralen Lohnabkommen sollen erneute Verhandlungen stattfinden, wenn in der Zwischenzeit die anderen Arbeitergruppen, besonders auch die übrigen Gewerbes allgemein über unsere Löhne hinausgehen. Dem diese Tatsache in der Zwischenzeit in einer Weise Lohngebieten der meisten Bezirke mehr oder weniger herabgetreten ist, hat der Verbandsvorstand erneute Verhandlungen beantragt. Diese finden nach einer Redung der beiden Vorständen am 23. Juni statt. — Den Ausgang der Verhandlungen wird den Filialen berichtet werden.

Die Protokolle über die notwendig gewordenen wahlen zur Generalversammlung sind den Filialen gungen. Wenn die Drucklegung der Vorlage für die gierten rechtzeitig erfolgen soll, müssen uns die Prom gendeheben, spätestens aber bis 21. Juni zugesandt. Später eingehende Stichwahlergebnisse müssen unberück bleiben.

Auf die in Nr. 17 des „Maler“ erfolgte Ausschreibung für die Stelle eines Leiters der im Verbandsvorstand zurichtenden Zentrale für die Lackierer und in der Zentrale beschäftigten Berufs Kollegen sind drei Bewerbungen gegangen. Nach deren Prüfung ist die Wahl des Vorstands und Ausschusses auf den Kollegen Paul Schwabe, hher in Berlin, gefallen. Kollege Schwabe wird seinen Posten am 20. Juni antreten. Der Verbandsvorstand

### Dom 14. bis 20. Juni ist die 25. Beitragswoche

### Sterbetafel.

Berlin. Am 3. Juni starb der Kollege Paul Czerny geboren am 10. November 1887 in Schippendell.  
Dresden. (Zahlstelle Nadebent.) Am 27. starb unser langjähriges treues Mitglied Max Fied im Alter von 48 Jahren. — Am 31. Mai starb langer Krankheit an Herz- und Leberleiden unser Kollege Bernhard Geißler im Alter von 59 Jahren.  
Hannover. Am 31. Mai starb unser treuer Kollege G. Raethler im 66. Lebensjahre nach 24jähriger Mitgliedschaft.  
Leipzig. Am 27. Mai verstarb an Nierenkrankung Folgen von Kleinwirkung) unser Mitglied, der Lackierer Hans Meyer, im Alter von 87 Jahren.  
Mainz. Am 9. Juni starb unser Mitglied, der Lackierer Karl Ackermann, im Alter von 69 Jahren.  
Wiesbaden. (Zahlstelle Dohheim.) Am 8. starb unser treuer Kollege und Mitbegründer der Heinrich Wagner im Alter von 61 Jahren Lungenerkrankung.  
Ehre ihrem Andenken!

**Anzeigen**  
Mehrere tüchtige  
**Autolackierer**  
für dauernde Arbeit zum sofortigen Eintritt gesucht. Verdienstmöglichkeit 1,40 M. pro Stunde. Reise wird vergütet, eventuell auch Umzug.  
**Karosseriewerke von Cuyper**  
Essen, Taubenstraße 20.  
**Flotte Schriftmaler und Lackierer**  
suchen sofort  
**Union-Werke, H.-G.,** Kunstdruck-Metallwaren- und Plafafabrik, Nadebent-Dresden.  
**Fertiglackierer** sowie **Wagenlackierer**  
sucht zum sofortigen Eintritt  
**Daimler Motoren Gesellschaft, Karosseriewerke, Sindelfingen.**